

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 214 · 18. JAHRGANG · AUSGABE 11/2012 VOM 5. NOVEMBER 2012 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Vom Tag der
Bürger(ent)täuschung**
Gebremster Erfolg des Bürgerbudgets

7 | **Die eingemauerte
Baumsynagoge**
Feierliche Eröffnung eines Plagiats

12/13 | **Eine kurze
Nachhilfe in Physik**
Der sogenannte CO₂-Treibhauseffekt

Müllentsorgung 30 Prozent teurer

Es stand ja schon in der Zeitung: Der Kreis will mehr Geld für die Müllentsorgung haben. Die neuen Satzungsentwürfe liegen auf dem Tisch. Am 28. November sollen die Abgeordneten des Kreistages Barnim darüber entscheiden.

Von Gebührenstabilität – Hauptargument für die sogenannte Re-kommunalisierung der Abfallentsorgung – ist keine Rede mehr. Jetzt heißt es: Die »Reserven«, mit denen bisher die Gebühren gestützt wurden, sind aufgebraucht. Alles ist teurer geworden, mehr sparen können wir nicht. Also müssen die Gebühren erhöht werden!

Der Kreistag soll die Vorlagen bereits in diesem Monat beschließen. Von – wie es sich gehört – erster und zweiter Lesung, gründlicher Beratung in den Ausschüssen und in den Fraktionen, ist keine Rede. Dafür hat man ja auch kaum Zeit gelassen. Das Ding soll durchgepeitscht werden.

Es ist eine echte Fleißarbeit, sich durch den Papierberg der Entwürfe und der Begründungen durchzukämpfen. Ich habe es getan.

Hier in Kurzform das Ergebnis. Dabei beschränke ich mich auf die wesentlichen Dinge für Wohngrundstücke. So soll es werden:

- Pauschalgebühr monatlich je Person: 2,85 Euro (bisher 2,10 Euro) Steigerung auf 136 %
- Leistungsgebühr je Leerung 60 Liter 0,65 Euro (bisher 0,60 Euro) Steigerung auf 108 % (21-täglich)
- Leistungsgebühr je Leerung 80 Liter 0,85 Euro (bisher 0,80 Euro) Steigerung auf 106 % (21-täglich)
- Leistungsgebühr je Leerung 120 Lit. 1,30 Euro (bisher 1,20 Euro) Steigerung auf 108 % (21-täglich)

Damit kann sich nun jeder für seinen speziellen Fall ausrechnen, wieviel er im nächsten Jahr für den Restmüll bezahlen soll, wieviel in Euro pro Jahr das ausmacht und wie hoch die Steigerung ist.

Für einen 1-Personen-Haushalt hat die Kreisverwaltung eine jährliche »Gebührenanpassung« um 9,60 Euro auf 42 Euro im Jahr errechnet. Das ist eine Steigerung auf 130 %.

Den meisten ist bekannt, daß wir mit den Gebühren nicht nur die Abholung unserer Mülltonnen bezahlen. In die Gebührenkalkulation gehen noch diverse andere Kostenfaktoren ein, von denen wir üblicher-



Stolz präsentierte sich der kreiseigene Müllentsorger am 28. Oktober bei einem Tag der offenen Tür auf dem Gelände der Deponie Ostende. Dabei wurde auch das neue Firmengebäude eingeweiht.

weise kaum etwas merken (vgl. hierzu: »Wieviel Geld darf der Müll kosten?« in BBP 10/2012).

Vor den Kreistagsabgeordneten steht nun die Aufgabe zu entscheiden, wie sie mit der Verfahrensweise, dem so gewollten Schnellverfahren und mit dem Inhalt der Vorlage umgehen sollen.

Für Hinweise bin ich dankbar. Die Intensität der Arbeit der Kreistagsabgeordneten und ihr Engagement hängt auch davon ab, wie jeder spürt, daß seine Arbeit mit Interesse verfolgt und – vorzugsweise – unterstützt wird.

JOHANNES MADEJA

Auf dem Weg zum ersten Europäischen Generalstreik

Der 14. November 2012 könnte in die Geschichte eingehen: Zum ersten Mal rufen die Gewerkschaften in verschiedenen europäischen Ländern zu einem Generalstreik am gleichen Tag auf.

Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB hat diesen Tag zum »Aktions- und Solidaritätstag« erklärt, der »Streiks, Demonstrationen, Versammlungen und andere Aktionen« beinhalten soll. Anlaß sind die von der Troika und maßgeblich der Bundesregierung weiter vorangetriebenen Kürzungsdiktate, die das europäische Sozialmodell endgültig zu Grabe tragen würden, und der von den Regierungen geplante, weitere Umbau der EU in den nächsten Monaten. Diese Aktionen im europäischen Maßstab werden zwar keinen Europäischen Generalstreik darstellen, aber doch einen großen Schritt in die richtige Richtung, den die Linke in Deutschland mit aller Kraft und auf allen Ebenen unterstützen sollte.

Den Anfang machten die portugiesischen Gewerkschaften, die angesichts der neuen verschärften Kürzungsprogramme als erste einen Generalstreik am 14. November angekündigt hatten. Es folgten die spanischen Gewerkschaften und der Aufruf der griechischen Gewerkschaften, sowie aus Malta und Zypern. Am 17. Oktober kam der erwähnte Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Damit sind auch die Gewerkschaften in den anderen europäischen Ländern gefordert. In Großbritannien ist ein »Generalstreik in naher Zukunft« angekündigt. In der BRD als gegenwärtigem (Noch)-Hauptprofiteur der Eurokrise ist die Situation zweifellos anders, wenngleich sich auch hier erste konkrete Krisenanzeichen bemerkbar machen. Nun kommt es darauf an, auch von der BRD aus am 14. November wahrnehmbare Zeichen der Solidarität auszusenden.

ANDREJ HUNKO (stark gekürzt)

www.andrej-hunko.de/start/aktuell/1310-auf-dem-weg-zum-ersten-europaeischen-generalstreik

Ein neuer deutscher Krieg

Die Bundesregierung hat den Einsatz der Bundeswehr in Mali angekündigt. Deutsche Soldaten sollen die Lage in Mali »stabilisieren«. Das malische Militär soll für den Krieg gegen Aufständische im Norden des westafrikanischen Landes trainiert werden.

Dort in den Wüsten und Halbwüsten der Sahara und der Sahelzone haben Anfang des Jahres Tuareg-Milizen die Herrschaft übernommen. Im Frühjahr konnte sich eine militant islamistische Fraktion durchsetzen. Ein eigener Staat ist ausgerufen, in dem die Scharia in ihrer rigidesten Form angewandt wird. Auch die Nachricht von der Zerstörung alter Kulturdenkmäler dringt bis zu uns durch.

Die Medien verschweigen, daß die Entwicklung in Nord-Mali eine direkte Folge des NATO-Krieges gegen Libyen darstellt. Viele Tuareg standen im Dienst der libyschen Streitkräfte. Nach dem Sturz und der Ermordung Ghaddafis wurden sie brutal verfolgt. Viele flohen in den Norden Malis, unter Mitnahme zahlreicher Waffen unterschiedlichster Art. Das fragile Gleichgewicht in der ökonomisch prekären Wüstenrandregion zerbrach.

Die durch westliche Intervention herbeigeführte desolate Lage soll nun durch erneute Intervention ins Lot gebracht werden.

Dabei sollen, wie inzwischen bewährt, einheimische Kräfte als Kanonenfutter die Kastanien aus dem Feuer holen. Westliches Militär bleibt, um eigene Verluste zu vermeiden, im sicheren Hinterland. Sie trainieren afrikanische Truppen, rüsten sie auf und unterstützen sie wenn nötig mit Luftangriffen, Drohnen oder ausgewählten Spezialkräften.

Ähnlich läuft das schon in Somalia, wo Truppen aus Äthiopien, Kenia, Uganda und einigen anderen afrikanischen Staaten militante somalische Islamisten bekämpfen, unterstützt von einer Anzahl somalischer Kämpfer, die von der Bundeswehr und anderen EU-Militärs fernab des Kriegsgeschehens angelernt werden. Die Ausbildung der ersten 2.000 Mann begann im Mai 2010. Ganz ähnlich gestaltet sich inzwischen die Kriegführung in Afghanistan.

Dieses Muster soll nun auch für Nord-Mali realisiert werden. Frankreich hat bereits angekündigt, gemeinsam mit den USA die Spezialkräfte sowie die Drohnen bereitstellen zu wollen, während die BRD mit anderen Ausbildung und Aufrüstung beisteuern will.

Mit einer Entsendung von Soldaten nach Mali vollzieht die BRD darüber hinaus einen afrikapolitischen Paradigmenwechsel. Seit den 90er Jahren lehnte die Bundesregierung militärische Interventionen im frankophonen Afrika ab, um eine Stärkung des französischen Einflusses zu verhindern. Wirtschafts-, Finanz- und Eurokrise haben die Position der BRD innerhalb der EU – also auch gegenüber Frankreich – gestärkt. Nunmehr scheint sich die BRD-Elite stark genug zu fühlen, eigene Ambitionen durchzusetzen.

GERD MARKMANN

Sinkende Hemmschwelle

Eberswalde (cz/bbp). Am Reformationstag, dem 31. Oktober, wurde ein Mitarbeiter der Barnimer Busgesellschaft (BBG) Opfer eines feigen gewalttätigen Überfalls.

Es war an diesem Feiertag die »Feierabendtour« für den langjährigen Obusfahrer. Als er gegen 18.30 Uhr mit seinem Obus der Linie 861 an der Haltestelle Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel hielt, wurde er aus einer kleinen Personengruppe heraus sofort und ohne Vorwarnung angegriffen. Ein Faustschlag traf ihn mitten ins Gesicht. Starke Schmerzen und Schwellungen im Gesicht waren die Folge.

Der Täter im scheinbaren Alter zwischen 15 und 17 war mit einer Halloweenmaske verkleidet. Er flüchtete nach der Tat unerkannt.

Der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn verurteilt den neuerlichen ernstesten Vorfall auf das Schärfste. Erst vor wenigen Monaten war der Marktleiter der Netto-Filiale im Einkaufszentrum »Heidewald« am Potsdamer Platz von einem Angreifer mit einem Schlagring im Gesicht verletzt worden.

Die Hemmschwelle der Täter werde offenbar immer geringer, stellt der Ortsvorsteher fest. Die Taten erfolgten gezielt und in voller

Absicht, die Opfer körperlich zu schädigen. Dabei nehmen die Täter billigend in Kauf, daß ihre Opfer dauerhafte Schäden davontragen.

Carsten Zinn hofft, daß der Täter vom Reformationstag schnell gefunden und ebenso schnell seine gerechte Strafe erhält. Zugleich appelliert er an die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere an die Nutzerinnen und Nutzer der Obuslinien 861 und 862, jederzeit aufmerksam zu sein, um gewalttätige Angriffe auf das BBG-Personal zu verhindern oder abzuwehren. »Stellen Sie sich als Zeugen zur Verfügung«, so Zinn. »Geben wir diesen Gewalttätern keine Chance. Helfen Sie bitte mit, daß Eberswalde einschließlich des Brandenburgischen Viertels friedlich, weltoffen, tolerant und gastfreundlich bleibt bzw. an einigen öffentlichen sozialen Brennpunkten wieder wird. Die Verantwortlichen in Stadt und Kreis müssen dabei gemeinsam mit der Barnimer Polizeiinspektion, aber auch mit den vielen haupt- und ehrenamtlichen Akteuren der Eberswalder und Barnimer Zivilgesellschaft ihren aktiven Beitrag leisten.«

Abfuhr der gelben Säcke neu vergeben

Eberswalde (bbp). Die Entsorgung der gelben Säcke ist für die Jahre 2013 bis 2015 der in Werneuchen mit einer Filiale ansässigen Firma Remondis übertragen worden. Das teilte Landrat Bodo Ihrke am 22. Oktober dem Hauptausschuß mit. Bisher war die Mitteldeutsche Logistik GmbH (MDL), ein Unternehmen des Fehr-Konzerns mit Außenstelle in Eberswalde-Ostende, im Landkreis Barnim mit dem Einsammeln der gelben Säcke beauftragt. Anders als beim Hausmüll, dem Papier und dem Sperrmüll ist für die Vergabe nicht der Landkreis, sondern die *Duales System Deutschland GmbH* verantwortlich. Im Zusammenhang mit der Neuvergabe werde geprüft, teile die zuständige Dezernentin Silvia Ulonska jüngst mit, in



den Ballungsgebieten wieder die Gelbe Tonne anstelle der Säcke einzuführen.

Wohnungen für Flüchtlinge

Die Kreistagsfraktionsvorsitzende der LINKEN, Margitta Mächtig, begrüßt die beabsichtigte Einrichtung eines Asylbewerberheimes im Internat des ehemaligen Oberstufenzentrums an der Bernauer Chaussee in Wandlitz und damit die Bereitschaft des Landkreises, weitere 94 Asylbewerber aufzunehmen. Es geht aber auch um Qualität nicht nur um Quantität. Deshalb muß nun schnellstmöglich eine Alternative für das Flüchtlingsheim in Althütten-dorf gefunden werden. Die Umstände dort lassen sich bei allen Bemühungen nicht entsprechend der Qualitätsnormen für die Asylbewerberunterbringung sichern. Anstrebenswert bleibt nach wie vor die schnellstmögliche Unterbringung in Wohnungen.

PETRA HOFFMANN

Noch 800 Unterschriften

Bernau (mz). Ende Oktober hatten mehr als 2.300 Bernauerinnen und Bernauer das Bürgerbegehren für einen Bürgerentscheid im Zusammenhang mit dem von einer Mehrheit der Stadtverordneten Bernaus beschlossenen Austritt aus dem Wasser- und Abwasserverband Panke/Finow unterschrieben. Bis zum 8. November sind weitere 800 gültige Stimmen zu sammeln, um dem Bürgerbegehren zum Erfolg zu verhelfen. Dann kann es den ersten Bürgerentscheid in der Bernauer Geschichte geben.

Die Einreicher Dr. Gabriele Dittmann, Dr. Dagmar Enkelmann und Horst Werner bedanken sich bei allen fleißigen Helferinnen und Helfern, die unermüdlich um Unterschriften geworben haben und auch in den letzten Tagen des Begehrens nicht untätig bleiben werden.

Krude Einflußnahme auf die freie Presse? Ein Ballon aus Bremen

Merkwürdige Begebenheiten ereigneten sich in den letzten Tagen auf der Homepage der Märkischen Oderzeitung (MOZ): Am 28.10.2012 berichtete MOZ-Redakteurin Sabine Rakitin in ihrem Artikel »Wahlsieg mit gemischten Gefühlen« (Lokalredaktionen Eberswalde und Bernau) über das, wie sie urteilte, »ernüchternde Wahlergebnis« des amtierenden SPD-Unterbezirksvorsitzenden Daniel Kurth bei seiner Wiederwahl.

Kurth, gleichzeitig Vorsitzender der SPD-Eberswalde und möglicher künftiger Bundestags- oder Landtagskandidat, erhielt von den insgesamt 50 anwesenden Delegierten 31 Ja-Stimmen; 15 votierten gegen ihn und vier enthielten sich. Am 1.11. besuchte ich die MOZ-Homepage und mußte verwundert feststellen, daß dieser recht kritische Artikel nicht mehr in der Eberswalder und Bernauer Online-Ausgabe der MOZ zu finden war. Der Artikel wurde – einschließlich zahlreicher Lesercommentare – einfach von der Website genommen.

Schließlich gelang es, den Artikel in den »Sphären des World Wide Web« aufzuspüren. Ganz tief im MOZ-Archiv war er noch vorhanden, unter der Adresse: <http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/bernaue/artikel3/dg/0/1/1048963/>. Dieser ganz gut versteckte MOZ-Artikel über Kurth wurde von Dr. Frank Valentin aus Schönau kommentiert. Der Kommentar wurde aber nicht freigeschaltet? Weshalb? Zudem ist der besagte Artikel merkwürdigerweise nicht mehr über das eingegebene Schlagwort »Kurth« auf der MOZ-Homepage abzurufen. Bei Eingabe des Schlagwortes gelangt man lediglich auf den älteren, Kurth-positiven Artikel »Innenminister zeichnet Daniel Kurth aus«. Meine Anfrage vom 1.11. bei der MOZ-Redakteurin Sabine Rakitin über die Umstände, weshalb der Daniel Kurth-Artikel von der Homepage der MOZ genommen worden ist, blieb bislang leider unbeantwortet.

Da werden Erinnerungen an die Affären Wulff und Strepp wach: Bundespräsident Christian Wulff hatte einen Tag vor Bekanntwerden der Kreditaffäre versucht, beim Chefredakteur der BILD-Zeitung Kai Diekmann so-

wie bei Mathias Döpfner, dem Vorstandsvorsitzenden des Axel Springer Verlages, telefonisch und unter Androhung von Strafanzeigen eine entsprechende Berichterstattung zu verhindern. CSU-Sprecher Hans Michael Strepp hingegen hatte in der »heute«-Redaktion des ZDF angerufen und offenbar auch mehrere SMS geschickt. Dabei versuchte er dem Sender zufolge vergeblich, einen Bericht über den Landesparteitag der bayerischen SPD in Nürnberg zu verhindern. Beide Politiker, Wulff und Strepp, traten nach Aufdeckung der Skandale zurück.

Vor diesem Hintergrund frage ich, ob es im Landkreis Barnim von gewissen Politikerkreisen ebenfalls Einflußnahmen auf die regionale Presse und somit Angriffe auf die Pressefreiheit gibt. Konkret: Haben der karrierebeflissene Daniel Kurth bzw. seine Anhänger aus dem Landratsamt der Märkischen Oderzeitung mit Konsequenzen in welcher Form auch immer gedroht, wenn der Artikel in dieser Form auf der MOZ-Homepage verbleibt? Ist die MOZ unter dem politischen Druck schließlich eingeknickt und hat den Artikel als »faulen Kompromiß« tief im Archiv verschwinden lassen?

Im Gegensatz zu den Affären Wulff und Strepp handelt es sich im vorliegenden Fall bei der Regional-Posse Kurth offensichtlich nicht nur um eine versuchte Einflußnahme, sondern um ein Unterfangen, das von Erfolg gekrönt ist. Denn der Kurth-kritische Artikel ist praktisch aus dem Netz entfernt worden.

Dr. ANDREAS STEINER

Ausführlicher auf: www.bar-blog.de. Der Artikel war übrigens am 3.11. erstaunlicherweise auf der Bernauer MOZ-Seite wieder drauf. Es waren offensichtlich nur technische Probleme...

*Ne Karte lag am Wegesrand,
war ganz allein, als ich sie fand.
Ich hob sie auf und ging ein Stück,
ich schick sie dir, es bringt dir Glück!*

Ich war etwa vier, als mich mein Vater, er war ABV* in unserem Dorf, mal auf dem Fahrrad auf die Fahrt über die Felder mitnahm. Es ging darum, einen Luftballon aus dem Westen zu suchen. Eine riesige gelbliche und glibbrige Plastehaut lag schließlich in unserem Hof. Der Ballon hatte Hetzpropaganda gegen die DDR getragen, die beim Platzen des Ballons großflächig verstreut wurde, sagte mir mein Vater. Es lagen auch Zettel in A5-Größe dabei, mit schwarzer Schrift auf gelblichweißem Untergrund. Lesen konnte ich das freilich damals noch nicht.

Das ist nun fast fünfzig Jahre her. In diesem Jahr, Anfang Oktober, fand ich wieder ein Flugblatt aus dem Westen, das ein Luftballon mit dem Wind zu uns getragen hatte. Diesmal war es aber keine Hetzpropaganda, sondern ein lieber Gruß von Heidi aus dem Kinderhaus Lesum in Bremen.

Der Verein Lesum e.V. betreibt eine Kindertagesstätte und feiert in diesem Jahr sein 40jähriges Jubiläum. Zeitgleich bezog die Kita neue Räumlichkeiten. Und schließlich noch eine dritte Feierlichkeit: Die Leiterin und Erzieherin Christiane Thielking beging ihr 20jähriges Arbeitsjubiläum.

Ihr und ihrem Kinderhaus Lesum in Bremen wünsche ich alles Gute für jetzt und für die Zukunft. Schön, daß sich die Inhalte der »Ballons mit Westpropaganda« so verändert haben. Das gibt Hoffnung.

Übrigens brauchte der Luftballon von Bremen bis in den Barnim gerademal vier Tage – oder weniger. Das Kinderhaus feierte am Sonnabend, den 6. Oktober 2012. Aus diesem Anlaß stiegen die Luftballons in den Himmel. Am Mittwoch früh, es war der 10. Oktober, fand ich die rosafarbene Karte am Weg zwischen Heckelberg und Brunow.

GERD MARKMANN

* Abschnittsbevollmächtigter der Volkspolizei – heute sagt man dazu Revierpolizist.

Gemeinde Ahrensfelde:

Investition fürs Breitband-Netz gestrichen

Die Breitbandinitiative »DSLnachBlumberg« besteht seit 2007 und hat sich zum Ziel gesetzt, den Ausbau einer nachhaltigen Breitband-Infrastruktur im Ahrensfelder Ortsteil Blumberg, Brandenburg, bei den Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik durchzusetzen.

Beim Thema DSL in den Ahrensfelder Ortsteilen Mehrow und Blumberg gibt es bisher nur wenig Fortschritt. So wurden in der Gemeindevertreter-Sitzung vom 21. Mai 2012 zwar »Handlungsgrundsätze zu DSL« beschlossen (Unterstützung des Städte- und Gemeindebundes, Vorbereitung eines Ahrensfelder Breitbandnetzes, Bürgerbeteiligung, Haushaltsmittel für nächste Schritte in 2013), konkrete Ergebnisse fehlen jedoch bisher.

Inzwischen wurde bekannt, daß die für den Haushaltsplan 2013 von der Verwaltung vorge-

schlagenen Mittel in Höhe von 200.000 Euro für 2013 und 2 Millionen Euro für den Bau im Jahr 2014 auf der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Bauwesen, Umwelt und Natur am 11. September gestrichen wurden. Stattdessen sollen erst einmal lediglich 10.000 Euro für die Planung im Jahr 2013 aufgewandt werden. Ob ein »Ahrensfelde-Netz« jemals realisiert wird, ist mit dieser Entscheidung fraglich.

Seit Jahren diskutieren die Ausschüsse der Gemeinde Ahrensfelde über das Thema Breitband-Ausbau. Die Notwendigkeit zum Handeln durch die Gemeinde wird nicht bestritten. Zu einer konkreten Investitionsentscheidung konnten sich die Volksvertreter bisher jedoch nicht durchringen.

PHILIPP SCHÖNING,
Bürgerinitiative DSLnachBlumberg

Mont Ihrke Nr. 2

Schwanebeck (bbp). Im September 2012 ist die Sicherung und Rekultivierung der Siedlungsabfalldeponie Schwanebeck auf der Grundlage der abfallrechtlichen Genehmigung vom 19.08.2011 und der Ausführungsplanung angefallen. Die Sanierung der Deponie soll in sieben Bauabschnitten erfolgen. Der Abschluß ist bis spätestens Dezember 2018 geplant.

Die Sicherung und Rekultivierung der Deponie Ostende in Eberswalde bescherte dem Landkreis Barnim ganz nebenbei die höchste Erhebung im Kreis. Ob und inwieweit die Deponie in Schwanebeck hierzu in Konkurrenz treten soll, ist noch nicht bekannt.

Bürger(ent)täuschung

Weder die Sieger (Platz 1-3) des Eberswalder Bürgerbudget 2013 noch die hohe Teilnehmerzahl überraschten mich. Beides hatte ich im Finanzausschuß und in der Stadtverordnetenversammlung vorausgesagt.

Der Sportverein Stahl Finow Abteilung Kanu, dessen ehrenamtlicher Abteilungsleiter Bert Bessel im Hauptberuf Leiter des Amtes für Hochbau und Gebäudewirtschaft im Eberswalder Rathaus ist, sollte in sportlicher Fairneß und in Solidarität gegenüber den anderen zahlreichen wertvollen Vorschlägen mit seinem Vorstand zeitnah beraten und mindestens 30.000 von den 50.000 beantragten Euro für die Nächstplazierten wieder frei geben.

Leider ist außer einer großflächigen und bestimmt kostenintensiven Anzeigenkampagne in den lokalen und regionalen Medien zum eigentlichen Procedere am sogenannten »Tag der Entscheidung« wenig vermittelt worden. Für SeniorInnen, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende, insbesondere aus den Ortsteilen mit ländlichen Charakter wie die Clara-Zetkin-Siedlung, Sommerfelde, Tornow und Spechthausen war die Anfangszeit um 18 Uhr schwer vermittelbar. Lange Warteschlangen (noch 18.25 Uhr) an den Kontrolleingängen zur Feststellung der persönlichen Identität und eine große Enge im Plenarsaal des Kreishauses verdeutlichten organisatorische Mängel.

Die eigentümlichen intransparenten Verfahrensweisen noch während der Abstimmung waren kontraproduktiv und erzeugten Frust. Genauso ist zu hinterfragen wie und warum einzelne Fachämter Vorschläge finanziell hochrechneten. Das Amt für Bildung, Jugend und Sport setzte z.B. meinem eingereichten Vorschlag 05/2012 zu Ferienangeboten für einkommensschwache und sozial benachteiligte Familien für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 mit jeweils 7.000 Euro auf die gigantische Summe von 107.000 Euro pro Haushaltsjahr hoch. Damit überstieg der Antrag das zur Verfügung stehende Budget, weshalb er aus der Abstimmung herausfiel.

Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff ist gut beraten mit seinen Teams, dem Finanzausschuß und den OrtsvorsteherInnen spätestens im ersten Quartal 2013 eine »Manöverkritik« durchzuführen, um die notwendigen Schlußfolgerungen für das Bürgerbudget 2014 zu ziehen. Dabei sollten unbedingt gute Erfahrungen in Barnimer und anderen Brandenburger Kommunen berücksichtigt werden.

Abschließend möchte ich bei aller berechtigter Kritik und den noch vorhanden Frust zum Tag der EBERSWALDER BÜRGER (ENT)TÄUSCHUNG 2012 den städtischen MitarbeiterInnen um Kämmerin Renate Geißler aber auch Roland Herpel, Lars Stepniak und Andy Haß ein großes Dankeschön sagen für die unmittelbare kreative und zeitintensive Arbeit vor und hinter den Kulissen.

CARSTEN ZINN

Gebremster Erfolg

»Der Tag der Entscheidung am Montag, dem 29.10.2012, war ein voller Erfolg«, so die Mitteilung der Stadtverwaltung auf ihrer Homepage. Ein voller Erfolg für Bürgermeister Boginski und Verwaltungsdezernent Gatzlaff, das heißt für ihre Strategie, den Bürgerhaushalt als demokratisches Mäntelchen für ihre Stadtpolitik zu nutzen.

Hochgerechnete 350 Teilnehmer an der Abstimmung über die Budgetvorschläge versetzen sie in Hochstimmung. Bedauerlicherweise mußten sie einen Rechenfehler einräumen, durch den ein Vorschlag genehmigt wurde, wodurch das Gesamtbudget von 100.000 Euro um 5.300 Euro überschritten wurde.

Die gewählte Variante des Bürgerhaushaltes – das Bürgerbudget – verdient insgesamt eine kritische Betrachtung, denn sie ist wenig geeignet, die Beteiligung der Bürger an der Erarbeitung und Entscheidung des städtischen Haushaltes zu ermöglichen. Das Bürgerbudget ist nicht der Haushalt der Stadt, sondern nur ein minimaler Anteil im Promillebereich. Die von den »Erfindern« des Bürgerhaushaltes im brasilianischen Porto Alegre mit einem »Beteiligungshaushalt« angestrebte Einbeziehung der Bürger in die städtische Planung und Entscheidung kann mit dem Bürgerbudget nicht erreicht werden, wird auch von den Stadtoberen nicht wirklich angestrebt.



Doch auch wenn man diese Grundsatzfrage einmal außen vor läßt, ergeben sich in der praktizierten Arbeit mit dem Bürgerbudget eine Reihe von Fragen.

Warum werden von der Verwaltung Vorschläge abgelehnt, die Kosteneinsparungen zum Ziel haben (z.B. Nr. 46 Bebauung Friedrich-Ebert-Straße Süd)?

Wie kommen die teilweise sehr hohen Aufwendungen für die eingereichten Vorschläge zustande (z.B. Nr. 05 Ferienangebot für Kinder), die dadurch an der Wertgrenze von 100.000 Euro scheitern.

Die Vorschläge lassen zum Teil nicht hinreichend erkennen, was sie im Detail bezwecken. Die dazu abgegebene Kosteneinschätzung läßt auch nicht erkennen, was die Verwaltung im konkreten Falle aus dem Vorschlag herausgelesen hat (z.B. Nr. 14 Begrünung des Marktplatzes mit 25.000 Euro).

Der Grundsatz, daß die zur Abstimmung gestellten Vorschläge in das noch offene Limit passen müssen, wurde durchbrochen (nicht nur durch den Rechenfehler). Herr Gatzlaff bot an, einen Fehlbetrag von 300 Euro aus der eigenen Tasche drauf zu legen.

Wäre nicht darüber nachzudenken, bei nicht ausreichendem Limit die Summe für den entsprechenden Vorschlag auf die Höhe des offenen Limits zu beschränken?

Von grundsätzlicher Bedeutung ist auch die Frage, in welchem Maße ein eingereicherter Vorschlag Gemeininteressen oder nur Gruppeninteressen bedient. Im Falle der drei erstplazierten Vorschläge sind die Nutznießer private Vereine. Auch wenn die Ziele dieser Vereine unterstützungswürdig sind, so sind sie doch nicht gleichrangig mit den allgemeinen städtischen Aufgaben. Vor dem Hintergrund der Vereinsinteressen war die zahlreiche Teilnahme von Vereinsvertretern zu erwarten. Deren Stimmverhalten war vom Vorteil für den Verein bestimmt, sie waren also befangen. In der Satzung für den Bürgerhaushalt ist ausdrücklich geregelt, daß nur die Anwesenden am Tag der Entscheidung stimmberechtigt sind. Die Stadtverordneten haben also darauf verzichtet, das letzte Wort zu sprechen. Aber ist diese Verfahrensweise wirklich demokratischer oder muß sie nicht doch korrigiert werden?

Wenn die Abstimmung am 29. Oktober nun mit dem Fehler behaftet ist, daß das Bürgerbudgets um 5.300 Euro überschritten wurde, ergibt sich die Frage, ob damit nicht die Abstimmung ungültig ist. Zumindest wäre eine Korrektur erforderlich, die einer richtigen Berechnung folgt. Die Verwaltung weist auf ihrer Homepage den Vorschlag 69, *Keramikofen für die Grundschule Finow* (3.500 Euro), als den Vorschlag aus, der durch den Rechenfehler noch zusätzlich positiv abgestimmt wurde. Tatsächlich ist aber der Vorschlag Nr. 73, *Mehr Fahrradständer in Eberswalde* (6.000 Euro), der von der Stimmenzahl her letzte berücksichtigte Vorschlag. Nur noch 700 Euro hätten dafür zur Verfügung gestanden.

Und noch ein Problem ist zu bedenken. Soweit die Vorschläge nicht den Kriterien der Bürgerhaushaltssatzung entsprechen oder das Budget nicht ausreicht, finden sie keine Berücksichtigung. Dennoch bleiben sie Vorschläge von Bürgern für den Haushalt im Sinne der gesetzlichen Beteiligungsmöglichkeiten, die nicht durch irgendwelche Limits begrenzt sind. Sie sind daher darauf zu prüfen, ob sie im Rahmen der normalen Haushaltsplanung als Änderungsvorschläge zu behandeln sind. Das Bürgerbudget des Bürgerhaushaltes ist satzungsgemäß eine über diese gesetzliche Beteiligungsmöglichkeit hinausgehende Beteiligung und kein Ersatz dafür. Auch wenn es bisher nicht vorgesehen ist, wird sich die Stadtverordnetenversammlung noch ein weiteres Mal mit dem Bürgerhaushalt 2013 beschäftigen müssen.

ALBRECHT TRILLER

Ein Doppelhaushalt ist modern:

Auf dem Weg zum Fünfjahrplan

In der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 25.10. übergab die Stadtverwaltung den Haushaltsplanentwurf 2013/2014. Ein Zweijahreshaushalt also – ein Novum für die Stadt Eberswalde. Doch vergeblich sucht man in der Vorlage nach einer Begründung und Erläuterung für diesen Doppelhaushalt.

Im Vorbericht zum Haushaltsentwurf findet sich nur der Satz: »Die Stadt Eberswalde hat erstmalig einen Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014 aufgestellt.« Es gab keine Beratung und Entscheidung irgendeines StVV-Gremiums, der zur Aufstellung eines Doppelhaushaltes. Eine solche hält der Verwaltungsdezernent Gatzlaff auch nicht für erforderlich.

Zur Vorgeschichte:

Im Finanzausschuß (FA) am 15.03.12 teilte Conrad Morgenroth mit, daß Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim einen Doppelhaushalt vorschlägt. In der übernächsten Sitzung des FA am 10.05.12 nahm Herr Gatzlaff Bezug auf diesen Vorschlag und erklärte, daß die Verwaltung im November einen Doppelhaushalt 2013/2014 vorlegen will. Eine Vorlage zu diesem Thema gab es nicht und auch keinen Beschluß im FA. In anderen Gremien der StVV fand das Thema Doppelhaushalt keine Erwähnung.

Im Hauptausschuß am 18. Oktober wies ich auf die fehlende Beschlußlage zum Doppelhaushalt hin und forderte, daß vor der Beschlußfassung über einen Doppelhaushalt eine Vorlage dazu erarbeitet und von der StVV verabschiedet wird.

Die Arbeit mit einem Zweijahreshaushalt ist in jedem Falle ein Einschnitt in die bisherige Haushaltsarbeit. Daher ist es dringend geboten, die Bedingungen für einen Doppelhaushalt und seine Auswirkungen zu analysieren und den Abgeordneten die Vor- und Nachteile vorzulegen.

Zur besonderen Betrachtung:

Welche meßbare Ersparnis tritt bei einem Doppelhaushalt tatsächlich ein, wenn doch für jedes Haushaltsjahr ein gesonderter Plan zu erstellen ist? Für welche anderen Aufgaben können eventuelle Arbeitszeitsparungen genutzt werden?

Bei der Zweijahresplanung sind die Planentscheidungen für zwei Jahre im Voraus zu treffen. Je weiter die Vorschau, um schwieriger sind die voraussichtlichen Entwicklungen einzuschätzen und Fehler vorprogrammiert. Zu erwartende größere Plan/Ist-Abweichungen können vermehrt Nachtragshaushalte erfordern. In anderen Zusammenhängen wird stets auf

die Planungsunsicherheiten in der aktuellen wirtschaftlichen Lage verwiesen. Ist es in dieser Situation richtig, jetzt mit einem Doppelhaushalt zu beginnen?

Eberswalde zehrt in den nächsten Jahren seine Rücklagen auf. Ist es nicht gerade deshalb erforderlich, in kurzen Zeiträumen zu planen, statt sich längerfristig festzulegen? Längerfristige Planung kann zu höherer Planungssicherheit beitragen. Droht dabei aber nicht auch die Gefahr, daß Handlungsspielräume eröffnet und genutzt werden, die die notwendige restriktive Haushaltswirtschaft beeinträchtigen? Müssen die Kontrollmechanismen für eine straffe Haushaltswirtschaft bei einer Zweijahresplanung verstärkt werden?

Welche Wirkungen hat ein Doppelhaushalt für die Bürger, für die Vereine u.a.? Wie läuft der Bürgerhaushalt unter den Bedingungen eines Zweijahreshaushalts?

Auf diese und ähnliche Fragen sollte eine entsprechende Vorlage Antwort geben.

Fragen ignoriert:

Alle diese Argumente wurden vom Verwaltungsdezernenten vom Tisch gewischt. Er wird dazu keine Vorlage erarbeiten. Widerspruch von anderen Stadtverordneten zur Haltung des Verwaltungsdezernenten gab es nicht.

Der Verwaltungsdezernent sieht sehr wohl die Probleme des aktuellen Haushaltsentwurfs und die der künftigen Haushalte. Im Vorbericht zum Haushaltsentwurf wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eingeschätzt. Es wird dargestellt, daß »die Prognose für die städtischen Einnahmen mit außerordentlichen Unsicherheiten behaftet« ist. Ferner: »Im Finanzplan werden die Schlüsselzuweisungen für Investitionen Jahr für Jahr weniger.« Auch der demografische Wandel wird aufgeführt mit seinen Auswirkungen auf die städtische Infrastruktur und mit der Folge sinkender städtischer Einnahmen durch die Bevölkerungsabnahme. »Ab 2013 ist für jedes Jahr eine Rückstellung für die Technischen Werke in Höhe von 1.000.000 Euro« für Drohverluste zu bilden.

Umso mehr stellt sich die Frage, warum zu den Problemen, Vor- und Nachteilen des Doppelhaushaltes keine Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung erarbeitet werden soll.

ALBRECHT TRILLER

»Farbe & Licht« – Malereien in Acryl

Seit dem 29. Oktober ist im Bürgerzentrum der Linken in Bernau (Berliner Str. 17) die Ausstellung »Farbe & Licht« mit Malereien in Acryl der Basdorfer Seniorin Waltraud Rodrian zu sehen. Einer Anregung ihrer Großeltern verdankt Rodrian das frühzeitig geweckte Interesse an der Malerei, doch erst nach Abschluß des Berufslebens fand sie auch die Muße dazu. Seit vier Jahren betreibt sie inzwischen diese Kunst, sehr zur Freude von Familie und Freunden. Der Eintritt ist frei. **B. MIERAU**

Fallende Gaspreise, doch:

Fernwärme wird teurer

Einwohnerfragestunde am 25. Oktober

Schon mehrfach habe ich in der Stadtverordnetenversammlung über die Probleme der Fernwärmekosten im Vergleich zu den Gaskosten bei Einzelheizungen gesprochen. Leider ohne in der Sache etwas zu erreichen. Da kann man schon mutlos werden und resignieren.

Während bei der Einzelheizung die Gaspreise kontrollierbar sind, kann man die Fernwärmepreise nur vergleichen, da den Mietern weder die Preisgleitklausel noch die darin eingesetzten Preisfaktoren bekannt gegeben werden.

Die Verbraucherschutzverbände, der DMB und neuerdings auch der Paritätische Gesamtverband fordern aber genau das ein, genauso, wie wir als Bündnis für ein demokratisches Eberswalde für alle Mieter der Stadt Eberswalde und besonders für die Mieter der stadteigenen WHG dies seit langem tun. Wir fordern schon lange Transparenz zumindest für die stadteigenen Gesellschaften.

Folgendes ist mir z.B. beim Vergleich verschiedener Betriebskostenabrechnungen des Jahres 2011 aufgefallen. Während der Gaspreis im Karl Marx Ring gegenüber dem Jahr 2010 von 48 Euro/MWh auf 39 Euro/MWh gefallen ist, also um 19 Prozent, ist der Fernwärmepreis von 87 Euro/MWh auf 98 Euro/MWh gestiegen, das sind immerhin 12,6 Prozent mehr als 2010. Das paßt nicht zusammen, bei einem niedrigeren Gaspreis müßte auch der Fernwärmepreis gefallen sein.

Obwohl ich die städtische Wohnungsba- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) mit Schreiben vom 12.10.12 als Antwort auf ein Erinnerungsschreiben unter anderem darauf aufmerksam gemacht habe, erfolgte bis dato keine Antwort und auch kein Terminangebot zur Einsicht von Rechnungen.

Sehr geehrter Herr Boginski ich bitte Sie deshalb hiermit eindringlich, sich in Ihren Funktionen als Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzender der WHG und als Bürgermeister der Stadt Eberswalde auch für die Mieter der anderen Wohnungsunternehmen einzusetzen, damit die Wärme bezahlbar bleibt und die Zusammensetzung des Fernwärmepreises transparent wird.

Eine Kopie meines Schreibens an die WHG gebe ich Ihnen zur Kenntnis, verbunden mit der Bitte, ein Gespräch zu den aufgeworfenen Problemen zu organisieren.

Ich mußte leider diese persönliche Briefvariante wählen, weil die WHG bisher die Existenz der »Interessengemeinschaft Mieter« nicht zur Kenntnis genommen hat, aber das ändert sich ja hoffentlich unter der neuen Geschäftsführung.

BERND POMRAENKE, IG Mieter im Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

Anmerkung: Es gab zu dieser Meinungsäußerung keinerlei Stellungnahme seitens der Stadtverwaltung und der Abgeordneten.

Freie Oberschule Finow: Tag der Offenen Tür



Die Freie Oberschule Finow eröffnete den Reigen der Tage der Offenen Tür. Die Eltern mit ihren Kindern kamen zumeist schon mit der klaren Absicht, sich an der Freien Oberschule Finow anzumelden. Die Schulräume wurden ihnen von Schülern der Freien Oberschule gezeigt, die ihnen auch ihr Leben und Lernen an dieser Schule beschrieben. Ein Gespräch mit dem Schulleiter Günter Schumacher gehörte dann auch auf jeden Fall dazu.

CoWorking

Eberswalde (cg). »Coworking« stellt eine neue Arbeitsform dar und bedeutet zusammen arbeiten. Kreative, innovative Ideen & Projekte, kleine Unternehmen, Existenzgründer und Freiberufler, die unabhängig voneinander in verschiedenen Projekten agieren, arbeiten an einem Ort zusammen und profitieren so voneinander. Im »Coworking« stehen Arbeitsplätze und Infrastruktur zur Verfügung. Neben normalem Büroraum sind auch Offene Werkstätten und Offene Technologiellabore angedacht. Wir bringen Kopf- und Handarbeit zusammen! Der Ausgestaltung sind keine Grenzen gesetzt. **Am 6. November, um 20 Uhr,** findet dazu in der Aula der Eberswalder Hochschule (Friedrich-Ebert-Straße 28) ein **Ideen-Workshop** statt. »Macht mit und gestaltet einen modernen Arbeitsort in Eurer Stadt«, heißt es in der Einladung.

Kiesabbau im Barnim

Althüttendorf/Hohensaaten (bbp). Der Kies- und Sandtagebau Althüttendorf wird erweitert. Im September ist der Landkreis informiert worden, daß der Hauptbetriebsplan (HBP) um einen »Naßschnitt Ostfeld« ergänzt wurde. Der HBP gilt bis zum 31.12.2014. Die Ergänzung umfaßt die Gewinnung von Kies und Kiessanden im Bergwerkseigentum Althüttendorf im Naßschnitt auf einer Fläche von 18 Hektar.

Auch für den Kiessandtagebau Hohensaaten ist die Weiterführung genehmigt worden. Bis zum 16.01.2016 dürfen mit dem nun genehmigten HBP Sande und Kiessande im Trocken- und Naßschnitt gewonnen werden. Territorial ist der Landkreis Barnim davon nicht mehr betroffen. Der eigentliche Kiesabbau findet inzwischen im Landkreis Uckermark statt.

Landkreis Barnim nimmt mehr Asylbewerber auf Wohnheim in Wandlitz reaktiviert

Wandlitz/Althüttendorf/Eberswalde (bbp). Die kriegerischen Konflikte in der Welt nehmen zu. Auch unter Beteiligung der BRD. Wenig verwunderlich, daß entsprechend mehr Menschen zu Flüchtlingen werden und ein Teil davon in der BRD um politisches Asyl bittet.

Die Brandenburgische Landesregierung reagiert darauf und nimmt die Landkreise nach Landesaufnahmegesetz stärker in die Verantwortung. Auch im Landkreis Barnim müssen binnen weniger Wochen neue Möglichkeiten zur vorübergehenden Unterbringung geschaffen werden. Bisher sind im Landkreis 165 Menschen untergebracht, die Asyl beantragt haben. Das Übergangswohnheim in Althüttendorf hat 100 Plätze, weitere 65 Asylbewerber leben in Wohnungen in verschiedenen Städten

im Landkreis, darunter auch in Eberswalde. Nun müssen binnen kurzem für 94 weitere Asylbewerber menschenwürdige Unterkünfte gefunden werden.

»Es geht hier um Mitmenschen, die ihre Heimat oft aus Angst um Leib und Leben oder aufgrund politischer Verfolgung verlassen haben und die nun auf der Suche nach einer neuen Heimat sind«, erklärte Barnims Landrat Bodo Ihrke. Aus diesem Grund sei es erforderlich, das Internat im Oberstufenzentrum in Wandlitz als eine kreiseigene Einrichtung schnellstmöglich für etwa 50 Personen herzurichten. Ab Anfang Januar 2013 soll das Internat zur Aufnahme der Flüchtlinge bereitstehen. Daneben sollen die Menschen auch in Wohnungen im Landkreis untergebracht werden.

Bauamtsleiterin wagt Bauland zu kaufen

Nun konnte man es in großen Lettern der MOZ als »pikantes Detail« geschrieben lesen, wie verdorben doch diese Amtsleiterin ist - und der Bürgermeister dazu. Da hat Frau Amtsleiterin und Bürgerin im Dorf doch tatsächlich gewagt, eine Parzelle Gemeindefeld zu kaufen, um sich darauf ein Haus zu bauen. Das ist ja geradezu unerhört! Das kann es doch gar nicht geben!

Dabei weiß doch jeder, daß die Rechte einer Bauamtsleiterin im Vergleich zu einem Normalbürger - aus gutem Grunde versteht sich - eingeschränkt sein müssen! Wo kämen wir denn sonst hin? Daß die Dame nun wirklich bauen will und als Amtsperson darum kämpft, daß nicht nur sie sondern alle dort bauen dürfen, das ist ein beispielloser Vorgang, der nicht laut genug getadelt werden kann! Daß das höchst anrühlich ist, das liegt doch für jeden auf der Hand - oder etwa nicht? Wenn sogar ein bekannt teurer Anwalt und Verfassungsrichter wie Prof. Dombert hier eine »persönliche Verquickung der Leiterin des Bauamtes« sieht - na dann muß doch etwas faul sein an der Sache!

So sollen wohl die Leser der MOZ denken. Warum sonst diese Überschrift?

Nur ich komme mir etwas begriffsstutzig vor! Was gibt es eigentlich da zu mäkeln? Hat die Bauamtsleiterin das Grundstück besonders billig kaufen können? Hat sie sich gar schon eine Baugenehmigung zuschanzen können? Hat sie sich sonst aufgrund ihres Amtes unrechtmäßig Vorteile verschaffen wollen oder können? Hat sie irgendein Gesetz verletzt oder sich zumindest moralisch vergangen?

Das alles habe ich nicht gelesen. Diese Art der »Berichterstattung« grenzt für mich fatal an den Tatbestand der üblen Nachrede ohne auch nur den Hauch eines Beweises für eine Unredlichkeit. Mir fällt dazu nur Wilhelm Busch ein, der einmal gedichtet hat: »Wer durch des Argwohn's Brille schaut, sieht Raupen selbst im Sauerkraut«.

JOHANNES MADEJA,
Gemeindevertreter Freie Wähler Schorfheide

Dieser Beitrag war als Leserbrief für die MOZ geplant. Anfang Oktober schon hingeschickt. Der Leserbrief wurde bis Redaktionsschluß nicht gedruckt.

Pläne für Rastanlage Briesetal auf Eis

Die Landesregierung hat die Pläne zum Bau der Tank- und Rastanlage Briesetal an der Autobahn A10 nördlich von Berlin vorerst aufgegeben. Das teilt der Vorstandsvorsitzende des Landesbetriebes für Straßenwesen, Hans-Reinhard Reuter, jetzt in einem Schreiben an die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) mit. Wörtlich heißt es in dem Brief, daß »das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg als Oberste Straßenbauverwaltung festgelegt« hat, »die Planung für den Standort, 'Briesetal' vorläufig einzustellen«.

Mit der Antwort reagierte Reuter auf ein Schreiben von Dagmar Enkelmann an ihn, in dem die Abgeordnete Ende September darauf

hinwies, daß beim laufenden Verfahren zur Standortsuche für die Rastanlage Briesetal die Einwände der Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Dagmar Enkelmann, die sich in den letzten Jahren wiederholt mit Bürgerinitiativen entlang der nördlichen A10 getroffen hat, begrüßt den Entscheid. »Ich freue mich, daß die Standortsuche für Briesetal jetzt auf Eis liegt und die berechtigten Einwände der Bürgerinnen und Bürger Erfolg hatten. Deren jahrelanges Engagement hat sich offenkundig gelohnt«, betont sie. Darüber hinaus sei offensichtlich eine Vielzahl kaum zu lösender Abstimmungsprobleme zwischen verschiedenen Infrastrukturprojekten in der Region zu Tage getreten. **MARGOT ZIEMANN**

Eingemauerte Baumsynagoge

Plagiat wird am 9. November offiziell eingeweiht

Eberswalde (bbp). Während der Pogromnacht am 9. November 1938 wurde die Synagoge in Eberswalde zerstört. Bisher erinnerte eine Steintafel in der Goethestraße daran. Nun wird ein neues Denkmal auf den verbliebenen Grundmauern des jüdischen Gotteshauses errichtet.

Die Idee, auf dem Grundriß Bäume zu pflanzen, die später einmal die Silhouette der einstigen Synagoge nachbilden, stammt von einem Eberswalder Architekten. Der folgte im Herbst 2009 einem Aufruf an die Eberswalder Bevölkerung, Ideen für die Gestaltung des Standortes der ehemaligen Synagoge beim Kulturamt der Stadt Eberswalde einzureichen. Dort verschwand der Vorschlag mit den anderen in der Schublade. Aus dem nachfolgenden offiziellen Ideenwettbewerb ging das renommierte Künstlerteam Horst Hoheisel/Andreas Knitz aus Hamburg hervor. Diese durften sich aus der Schublade bedienen. Um nicht offensichtlich als Plagiatoren dazustehen, »verbesserten« sie den Entwurf mit einer zweieinhalb Meter hohen Mauer ohne Türen.

An der Außenmauer soll eine Inschrift über die jüdische Gemeinde Eberswalde und das ihren Mitgliedern zugefügte Leid und Unrecht informieren. Am 9. November 2012 wird die Mauersynagoge zusammen mit dem Setzen des letzten Stückes der Mauer um 13 Uhr eingeweiht. Eine besondere Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer der Pogromnacht. »Mit diesem Tag erfährt ein beispielhafter bürgerschaftlicher Prozeß der Auseinandersetzung mit Geschichte und Erinnerung einen Höhepunkt, der von der Verantwortung der Eberswalderinnen und Eberswalder für ihre Stadt und ihre Geschichte zeugt und für die Zukunft hoffen läßt. Der Innenraum der Skulptur wird durch seine Unzugäng-

lichkeit fortan an den unwiederbringlichen Verlust und das Unrecht erinnern«, erklärt Bürgermeister Friedhelm Boginski die Sicht der Künstler.

Statt einer auf Einbeziehung der Menschen zielenden Erinnerungskultur Raum zu geben, stand demgegenüber schon 2010 in der »Barnimer Bürgerpost« (»Die Mauer muß weg«, BBP 8/2010), werden die Bäume hinter der Mauer zum Unbekannten und Fremden. Dem Betrachter fehle die Chance, »j niemals etwas darüber zu erfahren. Ihm wird vielmehr suggeriert, daß da andere sind, die über die Allwissenheit verfügen und darüber bestimmen, wem und wie zu gedenken ist.«

Die Wettbewerbssieger Hoheisel und Knitz, beschreiben »ihre« Idee als »ein wachsendes Denkmal – das nie fertig sein wird«. Den Name der Skulptur »Wachsen mit Erinnerung« leitet sich hieraus ab. Sie sind stolz darauf, nahmen selbstbewußt das Preisgeld entgegen.

Für die eigentlichen Baukosten, einschließlich Geländeberäumung, bestätigten die Stadtverordneten im Oktober 2011 ein Etat von 300.000 Euro, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die tatsächlichen Kosten den ursprünglichen Ansatz von 50.000 Euro deutlich überschreiten.

Der Zugang zur Veranstaltung am 9. November führt über das Gelände der Polizei in der Pfeilstraße 9. Am Abend gibt es um 19 Uhr im Kreishaus vom Ensemble Draj noch ein öffentliches Konzert mit jiddischer Musik.

Was habe ich mit dem Orang-Utan zu tun?

Für unsere Produkte aus Palmöl werden Wälder zerstört und Menschen vertrieben

Öffentliche Diskussion mit Betroffenen aus Indonesien und EU-Bürgern aus acht Ländern am 5. November um 18.30 Uhr im Waldsolarheim Eberswalde.

Ein großer Teil unserer Fertignahrungsmittel, Waschmittel, Kosmetika und Kraftstoffe enthält direkt das Fruchtlöl der tropischen Ölpalme oder Stoffe, die aus Palmöl hergestellt wurden. Um Ölpalmen anzubauen, wurden bereits über 20 Millionen Quadratkilometer Regenwald abgeholzt. Tiere und Pflanzen in den artenreichsten Wäldern der Erde wurden vernichtet – zahlreiche noch bevor sie entdeckt und beschrieben werden konnten Die Expansion der Plantagen und die illegale Waldzerstörung schreiten unvermindert voran. Mit der Natur verlieren die Menschen ihre Lebensgrundlagen und sehen sich nunmehr Dürre, verseuchtem Grundwasser und Einschüchterungen durch die Geheimpolizei ausgesetzt. Zu diesem Thema veranstaltet ROBIN WOOD eine öffentliche Diskussion mit Betroffenen aus Indonesien und EU-Bürgern aus acht Ländern, zu der wir Sie ebenfalls herzlich einladen.

Bei der Veranstaltung berichtet der Umweltaktivist Irendra Radjawali über die Situation der Ureinwohner in seiner Heimat Indonesien und zeigt Fotos von der Zerstörung für Palmöl, das bei uns in Europa konsumiert wird. Das Publikum erfährt zudem, welche weltweiten Verflechtungen hinter der Palmölproduktion stecken und welche Auswirkungen die Zerstörung der Regenwälder haben. Erläutert wird, wie VerbraucherInnen mit ihrem strategischen Konsum negative Einflüsse auf Mensch und Natur minimieren können. Torsten Pelikan informiert über Alternativen zu Palmöl aus Raubbau. TeilnehmerInnen aus acht europäischen Ländern haben in den vergangenen Tagen in Eberswalde beim EU-Workshop »Regenwaldzerstörung für Palmöl - Wie Sie ökologisch und sozial verträglich einkaufen« das Thema von allen Seiten beleuchtet und sich ausgetauscht.

ANGELIKA KRUMM

Landesaufgaben in Brandenburg: Kommunalisierung kritisiert

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) kritisiert die Pläne der Landesregierung, in großem Umfang Landesaufgaben kommunalisieren zu wollen.

Schon jetzt sind bei Land und Kommunen viele Bereiche nur noch eingeschränkt arbeitsfähig, weil ihnen der Personalabbau der vergangenen Jahre zu schaffen macht. Die geplante Aufgabenübertragung an die Kommunen ist nichts als ein weiteres, groß angelegtes Sparpaket, was als Funktionalreform verkauft werden soll. Dieser Maßgabe folgt auch das Ende Oktober vorgelegte Gutachten von Prof. Bogumil (Uni Bochum). Vorgeschlagen wird als grundlegende Maßnahme eine drastische Zusammenkürzung der jetzt bestehenden Landkreisstruktur. Dabei spielen wirtschaftliche Aspekte die Hauptrolle. Die neuen Verwaltungseinheiten sollen größer und effizienter werden. Das hat zur Folge, daß es vermutlich viele Dienststellen in der Fläche künftig nicht mehr geben wird. Diese werden mit Sicherheit geschlossen und zu größeren Einheiten zusammen gelegt, weil sich ja nur so Spareffekte ergeben. Dieser Rückzug aus der Fläche hat neben wirtschaftlichen Vorteilen auch gravierende Nachteile: Bürgerinnen und Bürger werden in größeren Landkreisen u.U. weite Wege in Kauf nehmen müssen. ver.di fordert angesichts der großen Bedeutung des Vorhabens die sofortige Beteiligung und Einbeziehung der DGB-Gewerkschaften, die die Interessen der betroffenen Beschäftigten vertreten.

MANFRED LOOS

DDR-Gründung gewürdigt



Eberswalde (bbp). Der Stadtverband DIE LINKE Eberswalde und die DKP-Gruppe Oberbarnim erinnerten am 6. Oktober gemeinsam mit der »Rotfuchs«-Regionalgruppe und der KPD-Gruppe Barnim-Uckermark in feierlichem Rahmen an die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vor 63 Jahren. Veranstalter war die »Aktionseinheit Links«, die Basisvertreter der drei linken Parteien und der »Rotfuchs«-Lesergruppe aus der Region Barnim-Uckermark vereinen. Prof. Dr. Herbert Meißner (DIE LINKE/Kommunistische Plattform) würdigte »die Leistungen der Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik in 40 Jahren friedlicher Aufbauarbeit«.

Dr. U. Hoppe Sozialpreis

Am 22. Oktober 2012 wurde Christin Heudis für ihr außerordentliches und beispielhaftes soziales Engagement mit dem Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis ausgezeichnet. Den Rahmen bildete eine anlässlich der Verleihung durchgeführte Feierstunde im Verwaltungsgebäude der Arbeiterwohlfahrt in der Frankfurter Allee.

Der Preis wird durch die SPD-Stadtfraktion Eberswalde und Dr. Hans Mai seit 2010 für beispielhaftes, oft von der Öffentlichkeit unbemerktes Handeln im sozialen Bereich vergeben und ist mit 350 Euro dotiert. Mit ihm wird an die ehemalige Kreisjugendärztin Dr. Ursula Hoppe erinnert, deren persönlicher Einsatz in hohem Maße behinderten und chronisch kranken Kindern und Jugendlichen galt.

»Als Leiterin des Ortsvereins Finow der Arbeiterwohlfahrt sind Sie für 200 Mitglieder verantwortlich und übernehmen schon seit etwa 20 Jahren ehrenamtliche Aufgaben. Eine Arbeit, die Sie mit viel Engagement und Herzblut wahrnehmen. Kein Geburtstag oder Jubiläum, kein wichtiger Feiertag wird bei Ihnen vergessen«, hob der Fraktionsvorsitzende Hardy Lux in seiner Laudatio hervor. »Mit viel Liebe und Hingabe zeigen Sie dabei Ihren Mitgliedern, daß diese Ihnen als Menschen am Herzen liegen und wichtig sind, nicht nur in glücklichen Stunden. Das macht Ihr besonderes soziales Handeln aus«, begründete Lux die Entscheidung der Preisjury.

Unter den Anwesenden war auch der eigens aus Berlin angereiste Dr. Egon Hoppe. In einem persönlichen Grußwort verlieh er seiner Freude über die Bewahrung des Andenkens an seine Frau und der Sichtbarmachung Ihres Wirkens Ausdruck und gratulierte der Preisträgerin ebenfalls aufs herzlichste.

RICHARD BLOCH

Rente mit 67:

Nun auch B sagen

Endlich bewegt sich die SPD in Brandenburg und erkennt, daß die Rente erst ab 67 tatsächlich ein Holzweg ist. Daß jetzt die Erhöhung des Pensionsalters für Polizistinnen und Polizisten zurückgenommen werden soll, ist ein erster, begrüßenswerter Schritt, der vor allem auf Druck der LINKEN zustande kam.

Aber nicht nur für die Beschäftigten im Polizeidienst ist die Rente erst ab 67 sozialpolitischer Nonsens. Sie gehört für alle Berufsgruppen abgeschafft, weil sie im Kern auf Rentenkürzungen hinausläuft

Nachdem sie A gesagt hat, muß die Landesregierung nun auch B sagen: Es ist allerhöchste Zeit, daß Brandenburg eine Bundratsinitiative auf den Weg bringt, um die Rente erst ab 67 grundsätzlich zu kippen. Da könnte sich Potsdam ruhig ein Beispiel an den Initiativen aus Thüringen zum Mindestlohn oder an Hamburg zur Frauenquote nehmen, denen im Bundesrat gute Chancen eingeräumt werden.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Kaum Arbeit zu vergleichbaren Konditionen

87 ehemalige Schlecker-Mitarbeiterinnen suchen noch neuen Arbeitsplatz

Eberswalde (aa/bbp). Insgesamt 135 ehemalige Schlecker-Mitarbeiterinnen haben sich seit dem 31. März 2012 bei der Agentur für Arbeit Eberswalde arbeitslos gemeldet. Allein 99 davon kamen aus dem Landkreis Barnim. Bis Anfang Oktober konnten 42 Frauen eine neue Arbeit aufnehmen. Das teilte die Eberswalder Arbeitsagentur jetzt mit.

Die Entlassungen bei Schlecker seien in zwei Wellen erfolgt. Von Ende März bis Ende Mai gab es 66 und seit Anfang Juni noch einmal 69 Arbeitslosmeldungen. »Knapp die Hälfte der Frauen, die bereits mit der ersten Welle ihre Kündigung erhalten haben, konnten überwiegend mit unserer Unterstützung eine neue Arbeit aufnehmen«, informiert Dr. Dagmar Brendel, Leiterin der Agentur für Arbeit Eberswalde. »Wir freuen uns sehr, daß ein Großteil der Frauen wieder als Verkäuferin tätig sein kann, wenn auch in unterschiedlichen Branchen – beispielsweise in Möbelmärkten.«

Andere Frauen haben an ihre ursprüngliche Ausbildung angeknüpft und arbeiten nun als Sekretärin oder als Zahnarthelferin.

Die meisten der ehemaligen Schlecker-Mitarbeiterinnen hatten in Vollzeit gearbeitet und verfügen über einen Berufsabschluß. Teilweise waren sie über einen sehr langen Zeitraum kontinuierlich bei Schlecker beschäftigt. »Für diese Fachkräfte in der Region Barnim-Uckermark eine Arbeit mit vergleichbaren Konditionen zu finden, ist nicht leicht«, so die Agenturchefin. Für eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung sei nicht zuletzt die »Mobilität der Frauen über die Kreisgrenzen hinaus deren Flexibilität in Bezug auf die neue Arbeitsstelle mit ausschlaggebend«. Im Einzelfall unterstütze die Agentur die Frauen auch bei der Qualifizierung oder mit anderen Beschäftigungsfördernden Maßnahmen. Derzeit sind noch 87 einstige Schlecker-Mitarbeiterinnen auf Arbeitssuche, darunter 55 aus der sogenannten zweiten Welle.

Freifahrten werden teurer

Sparmaßnahme auf dem Rücken der Behinderten

Unbeeidet von der breiten Öffentlichkeit hat der Deutsche Bundestag beschlossen, die Eigenbeteiligung sogenannter »freifahrtberechtigter schwerbehinderter Menschen« im öffentlichen Personennahverkehr zu erhöhen.

Die Eigenbeteiligung der Betroffenen (durch den Kauf einer Jahres-Wertmarke) erhöht sich um 20 Prozent von 60 auf 72 Euro. In der Folge wird der Bundeszuschuß an die Länder abgesenkt. Eigenbeteiligung und Bundeszuschuß werden an die Verkehrsunternehmen weitergereicht, die ihrerseits den Berechtigten »Freifahrten« gewähren. Der Beschluß sieht auch vor, daß die Eigenbeteiligung zukünftig dynamisiert wird. Diese Entscheidung ist ein weiterer Schritt zum Abbau von Sozialleistungen für Menschen mit Behinderungen, deren Lebens-

situation sich bereits in den letzten Jahren verschlechtert hat. Dazu zählen u.a. die Mehrkosten in Folge der Gesundheitsreformen, überproportional gestiegenen Kosten für Miete und Mietnebenkosten (Heizkosten!), Steigende Benzinpreise, steigende Strom- und Gaspreise, die Absenkung der Grundsicherungsleistungen durch Einführung der Regelbedarfsstufe 3 und die Erhöhung der Rundfunkgebühren für mehr als 580.000 Menschen mit Behinderungen ab 1. Januar 2013.

HELMUT HURTZ

Strom muß bezahlbar bleiben

Nach den Plänen von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG) will die schwarz-gelbe Bundesregierung weiterhin die Kosten des Umbaus der Energieversorgung auf die Bürger abwälzen.

Auch für viele Barnimer hat der Strompreis inzwischen ein kritisches Maß erreicht. Insbesondere Bezieher von Sozialleistungen und Menschen mit geringem Einkommen können weitere Erhöhungen beim Strompreis kaum noch verkraften. Seit 2007 sind die Strompreise um mehr als ein Viertel gestiegen; und zwar um durchschnittlich 5,4 Cent pro Kilowattstunde auf 26 Cent je Kilowattstunde.

Deshalb fordert DIE LINKE die Absenkung der Stromsteuer in der Höhe, wie die EEG-Umlage steigt.

Damit die Kosten der Energiewende nicht länger einseitig bei den Bürgerinnen und Bürgern abgeladen werden, schlägt DIE LINKE weitere Maßnahmen vor, um den Umbau der Energieversorgung sozial verträglich zu gestalten:

- Abbau von unberechtigten Industrie-Rabatten, die zu Lasten der Privathaushalte gehen
- Regulierung des Endkundengeschäfts beim Strom
- Einführung eines sozial-ökologischen Tarifmodells mit kostenlosem Grundkontingent pro Haushalt, aber auch höheren Preisen für Vielverbraucher
- Verbot von Sperren der Stromversorgung
- Abwrackprämie für Stromfresser (alte Haushaltsgeräte)

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Über Hiebe, Triebe und Trivialität

Wahrlich – wir leben in aufregenden Zeiten. Typen wie Florian Silberblick oder Typinnen wie Cindy aus Marzahn bewabern die Bildschirme, wenn nicht gerade aus allen anderen Sendern »In aller Freundschaft« auf uns kommt. In den Talk-Shows immer die gleichen Gesichter. Der schmierige Uraltplayboy Rolf Eden und neben ihm – ohne den Abstand, der schon aus hygienischen Gründen geboten wäre – die sogenannte Ulknudel Hella von Sinnen; Widerstandssänger Emmerlich neben dem Erfinder der »Sisчерen Räfte« Norbert Blüm, der den naiven Clown gibt. Einer der Abo-Gäste führt sechs oder sieben Ö in seinem Nachnamen und scheint einem Horrorfilm entlaufen. Eine Dame mit Vergangenheit – sie war als Domina werktätig und verschweigt bis heute die Namen von ihr gepeitschter CDU-Größen – ist nur mit Mühe davon abzuhalten, einem Karnickelfilmregisseur an die Hose zu gehen, und – natürlich – fehlt nie einer der Großen aus dem halben Dutzend deutscher Führungsköche.

Auf »Pro Sieben« tobt sich Stefan Raab aus, Azotet, lümmelt sich aus, zotet weiter und bleibt ehern bemüht, den großen Bruder Bohlen zu unterbieten an Niveaulosigkeit.

Am frühen Nachmittag, dann, wenn die Zukunft der Nation, unsere Kinder, aus der Schule kommen, lassen sich Halbalphabeten und nasenringverzierte Zombies von einer auf nett machenden Blondine grobe Bettgeschichten und Schilderungen aus dem Alltag kaputter Familien entlocken. Anderswo gackert die verhaltensgestörte Gloria von Thurn und Taxis vom Bildschirm, daß sie endlich ganz zu Gott gefunden habe. Oder war das wieder mal Nina Hagen? RTL II begleitet Opa und Oma auf eine Sexmesse und läßt die Großmutter angesichts eines kleinfingerlangen Dildos ausrufen: »So Große gibt es also auch!« Ungeheuer witzisch, gelle!

Dies alles ist – mit Verlaub – zum Kotzen. »Die Dummheit«, so ein gewisser Bertholt Brecht, »wird normal, wenn sie massenhaft wird.« Nun haben wir im angeblichen alternativen neuen Deutschland diese Belege germanischer Leitkultur seit einiger Zeit zu registrieren, was aber weder die Pastorentochter aus Templin noch den präsidialen Jöching zu einer auch nur andeutungsweise kritischen Bemerkung veranlaßt hat. Wegen der Freiheitlichkeit natürlich, die auch dem bodenlos Trivialen zugestanden wird.

Nichts dagegen zu sagen. Wir bekämen Moskauer Zustände, würde verrirter Geschmack und das Hervorwürgen immer neuer Unsäglichkeiten geahndet. Und können wir von »uns Äntschie«, die eine gewisse Sorte Journalisten völlig ironiefrei »Mutti« nennt, erwarten, daß sie auch nur einen Nebensatz halbwegs kritischen Inhalts über das Zentralorgan der deut-

schen Zwerghirne ausstößt? Sie, die sie Friede Springer zu ihrer Bussi-Bussi-Klientel zählt.

Und, das nicht zu vergessen, es könnten ein paar mahnende Worte, zu denen auch WÜRDE und VERANTWORTUNG zählen sollten, viele, viele Wählerstimmen kosten. Wer BILD bemeckert, beleidigt ein paar Millionen Schlagzeilenabhängige, wer sich an RTL reibt, setzt sich der Gefahr aus, der Volksseele an die Unterwäsche zu gehen. Bei zweistelligen Einschaltquoten könnte ernsthaft vorgetragene »Medienschelte« unter Umständen die Macht kosten – also wird unüberhörbar geschwiegen. Dem Stimmvieh muß das gewohnte Futter erhalten bleiben. Diese klammheimliche Symbiose von konservativer Politik und medialem Vulgarismus, in der sich letztlich die Volksverachtung der »Eliten« spiegelt, wurde als »Faktum an sich« allenfalls von linken Intellektuellen, von bitterbösen Kabarettisten (Schramm, Pispers, Schmickler und Miller) und Journalisten mit funktionierendem Berufsethos angeprangert. Ihre Position war hoffnungslos, mit einem schwedischen Rasenwunder konnten sie nie rechnen, aber sie setzten auf das Gleichnis vom steten Tropfen, der den Hirnkalk der Manipulierten höhlt.

Nun sind aus der Phalanx der Aufrechten dieser Tage ein paar Leute ausgebrochen und ins gemütlichere Camp der seichten Banaligkeit und der Afterkultur gewechselt. DAS ist zum Aufregen. Die Unterkultur wird von einigen Blättern, die als seriös gelten, nicht nur nicht mehr attackiert – sie wird gleichsam als gleichberechtigter Bestandteil unserer Nationalkultur akzeptiert.

So wurde ein Roman, in dem eine amerikanische Spätpubertierende ihre masochistischen Wachträume ausbreitet und dem geneigten Le-

ser quasi den frisch versohlenen Arsch hinhält, vom »Spiegel« und der »Zeit« so intensiv – und positiv – besprochen, als sei eine Nobelpreisbegründung abzugeben. Bücher dieser Sorte wurden vor Zeiten unterm Ladentisch für einschlägig veranlagte Herren bereitgehalten. Die Sauereien von gestern werden zu Bestsellern von heute hochstilisiert. Und einer der Rezensenten fand sogar heraus, daß jede soundsovielte deutsche Gattin tief im Inneren sich auch nach Handschellen und Knute sehne, wie die Dame aus Gottes eigenem Land. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die ersten essayistischen Betrachtungen über die Kloinschriften vom Bahnhof Zoo erscheinen.

Was durch solcherlei Aufwertung des Obzönen vor die Hunde geht, ist die feine Linie, die es zwischen Erotik, auch erotischer Kunst und Literatur, und Erzeugnissen aus dem Saustall seit ewigen Zeiten gibt. Das eine hat mit Phantasie, Sensibilität, Lustvergnügen zu tun; das andere reduziert auf die Sexualität auf den biologischen Vorgang. Es ist der Unterschied zwischen Bumsen und Rammeln einer- und einem Vorgang andererseits, der ein prickelndes Vorher, einen ausgieflenden Höhepunkt und ein abschwingendes Danach hat. Es ist der Unterschied zwischen Klemkes oder Schleusings oder Felicien Rops' pikanten Illustrationen, in denen bei aller Eindeutigkeit immer noch ein Rest bleibt, den der Hinguckende auflösen kann, oder ob einem die Schamlippen des »Drei nach Neun«-Gastes Dolly Buster in Großaufnahme serviert werden.

Nun ist, jung noch an Jahren, Dirk Bach gestorben. Seine Fans hat das traurig gemacht, und uns verbietet die Pietät üble Nachrede. Aber es lädiert das Gedenken an den Toten wohl nicht, wenn man feststellt, daß er nicht unbedingt ein Repräsentant klamaukfreier Komik war und eher eine tragische als eine lustige Figur. Seine Tropenhelmauftritt an der Seite der rüden Frau Zietlow markieren einen Totaltiefpunkt der Karriere eines Menschen, von dem es heißt, er habe – lange her – gutes Kabarett gemacht.

In einem Nachruf der »Zeit« (Nr. 52, 4. Oktober 2012) ist zu lesen: »... als Dirk Bach noch nicht der berühmteste Bach war, den die Deutschen kannten...« – Ich dachte immer, ein gewisser Johann Sebastian Bach...

Der »Comedian« rangiert vor dem Genie. Das Triviale besetzt die Ranglisten.

Tut nichts zur Sache. Schließlich war Bach, der Komponist und Kantor, ja nur ein Ossi.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Volksbegehren Nachtflugverbot

Eberswalde (de/bbp). Das Brandenburger Volksbegehren für ein Nachtflugverbot in Schönefeld läuft noch bis zum 3. Dezember 2012. Insgesamt sind 80.000 Unterschriften stimmberechtigter Brandenburgerinnen und Brandenburger ab 16 Jahren erforderlich. Die Unterschriften können in den jeweiligen Einwohnermeldeämtern der Städte, Gemeinden und Ämter geleistet werden. Dort liegen die Unterlagen einschließlich der Eintragungslisten aus. Es besteht auch die Möglichkeit der Eintragung per Post.

Eberswalder Bürgerinnen und Bürger können das nötige Antragsformular auch von der

städtischen Internetseite herunterladen (www.eberswalde.de/Volksbegehren.2561.0.html) und dann per eMail oder Fax (03334/64159) an das Bürger- und Ordnungsamt der Stadt Eberswalde schicken. Weitere Informationen zum Volksbegehren und dem damit verbundenen Verfahren sind im Eberswalder Monatsblatt – Amtsblatt für die Stadt Eberswalde Nr. 5, vom 14. Mai 2012, S. 2-3, veröffentlicht.

Ist das Begehren erfolgreich, muß sich der Landtag Brandenburg erneut mit einem gesetzlichen Nachtflugverbot befassen. Bei Ablehnung, steht den Initiatoren die nächste und letzte Stufe, der Volksentscheid, offen.

Warum geht es mir gut? Nun: ich bin noch leidlich gesund, habe meine Frau und tüchtige Kinder und Enkel, einen Garten am Haus und ein paar freundliche Nachbarn. Meine Rente reicht für ein Leben entsprechend meinen eher bescheidenen Bedürfnissen. Sie werden vielleicht fragen: Was ist daran so besonders, daß man es erwähnen muß? Ja, glaube ich, das ist schon etwas besonderes, jedenfalls in einer Zeit, in der sich Suppenküchen bei Rentnern steigender Beliebtheit erfreuen.

Ich aber habe noch einen besonderen Grund. Neulich habe ich als treuer Kunde einer Kaufhauskette, bei der ich noch nie etwas gekauft habe, nicht einmal ein paar Schnürsenkel, ein Auto gewonnen, einen richtig dicken Schlitten! Also: ganz richtiger Gewinner bin ich noch nicht, nur aussichtsreicher Kandidat. Ich muß erst noch eine bestimmte Telefonnummer anrufen, so eine, die mich lächerliche 37 Cent pro Minute kostet. Da soll ich ein paar Fragen beantworten und eine Kleinigkeit bestellen, für wenige hundert Euro, dann kommt ein Zettel mit meinem Namen in

Anna Liebenwaldt und die Brandfichte



Eine kleine Nachtwanderung mit Lichtern und Geschichten über Samhein oder wie es heute heißt Halloween, stand am 31. Oktober auf dem Programm der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland. Besonderes Thema war die Geschichte der letzten Hexenverbrennung bei Freienwalde an der Brandfichte. Anna Liebenwaldt war damals, um das Jahr 1628, das Opfer. Aus der Asche des Scheiterhaufens wuchs später ein Baum, die Brandfichte. Anna hatte das im Angesicht des Todes als Zeichen ihrer Unschuld vorausgesagt.

Freie Oberschule Finow e.V.

Biesenthaler Straße 14/15
16227 Eberswalde

www.freie-oberschule-finow.de

Sparkasse Barnim, BLZ 17052000, Konto: 300 003 8689

Ein glücklicher Mensch

von Johannes Madeja

Also ganz ehrlich, mir geht es richtig gut! Das sollte man aber nie offen zugeben. Warum? Dazu hat Eugen Roth ein hübsches kleines Gedicht geschrieben. Es heißt Vorsicht - siehe unten. Ich bin unvorsichtig und tue es trotzdem.

einen Lostopf. Das ist unabhängig von der Bestellung – natürlich! Wenn ich dann Glück habe, dann bekomme ich wirklich das Auto, so wurde mir glaubhaft versichert.

Ich bin ein echter Glückszpil! Wenige Tage nach meinem Autogewinn habe ich nämlich schon wieder gewonnen. Diesmal eine Zusatzrente bis an mein Lebensende. Die kleinen Aufgaben, die ich zuvor noch lösen muß, um wirklich die Zuteilung zu erhalten, werde ich locker meistern.

Jedenfalls brauche ich mir ab sofort keine Sorgen darüber zu machen, daß die Gemeinde gerade meine Straße grundhaft ausbauen will – für meinen Beitrag versteht sich. Für die dafür benötigten 6.000 Euro kann ich ja nun einen Kredit aufnehmen und den dann von meiner Zusatzrente bequem abtrottern. Auch die anstehende Erhöhung der Friedhofsgebühren kann mich nun nicht mehr schrecken. Natürlich hoffe ich, noch ein gutes Weilchen unter den Lebenden zu sein, aber nun habe ich ja »Luft«, um mit den doch deftigen Kosten für meine Bestattung nicht meine Nachkommen belasten zu müssen. Das Geld wird dann – dank meines Gewinns – auf der hohen Kante liegen, wenn es gebraucht wird.

Darüber daß die Lebensmittel und auch die Energiekosten ständig steigen kann ich jetzt getrost hinwegsehen. Nun kann ich gerne dreißig Cent und mehr für eine Kilowattstunde Strom blechen. Die schon wieder gestiegenen Heizkosten – selbst zwei Euro für einen Liter Benzin kann ich locker bezahlen. Darüber, daß nun auch der Müll teurer wird – lächerliche 30 % – kann ich wirklich lachen und sogar der Altanschießerbeitrag für meinen Trinkwasseranschluß kann mich nicht mehr schrecken.

Damals habe ich meinen Kanalanschluß selbst gegraben und selbst bezahlt. Nun soll ich die etwas zu groß geratenen Anlagen für die Neuanschließer mitbezahlen. Das wäre gerecht und solidarisch – jedenfalls behauptet das die Landesregierung. Prima so ein Gewinn! Die 1.800 Euro bezahle ich jetzt gewissermaßen aus der Portokasse und frage nicht mehr, ob das alles rechtens ist.

Aber nun ist ein Geständnis fällig. Ich hatte einen schlechten Traum. In dem Traum kamen Behörden, Ämter, Zweckverbände, Polizei und Gerichte vor, alle als drohende Gestalten mit Schlips, in Robe oder Uniform. Sie bedrohten mich von allen Seiten. Alle wollten Geld von mir. Besonders aufgefallen ist mir das Finanzamt in Gestalt eines Vampirs. Ich wußte keinen Ausweg und bin schweißnaß vor Angst wach geworden. Glücklicherweise war das ja nur ein Traum, der mit der Wirklichkeit nichts

zu tun hat. Trotzdem habe ich mir danach die Frage gestellt, was ich empfinden würde, wenn ich von Sozialhilfe oder Hartz IV leben müßte und keinen so wunderbaren Gewinn, also kein Geld hätte. Diesen Gedanken habe ich aber ganz schnell verdrängt. Schließlich habe ich meinen Bertolt Brecht gelesen und weiß, daß es ein tödliches Verbrechen ist, kein Geld zu haben. Ich bin doch kein Verbrecher! Und im übrigen – was schert mich das Elend anderer Leute!? Jeder ist seines Glückes Schmied und daß ich selbst so viel Glück habe, das habe ich bestimmt meiner eigenen Leistung zu verdanken, denn Glück hat auf Dauer nur der Tüchtige. Also bin ich wohl ganz tüchtig – oder etwa nicht? Die weniger Tüchtigen müssen mich nicht interessieren.

Aber das sind wohl doch eine ganze Menge Leute. Man liest viel von Kinder- und Altersarmut, vom Niedriglohnsektor und von Aufstockern. Die Zeitung schreibt, daß es täglich mehr werden, die arm sind. Ob die in der Lage wären, die Drohgestalten zu besiegen, wenn sie sich einig sind? Ich sehe den sozialen Frieden in Gefahr.

Ob auch mich vielleicht irgendwann einmal der Zorn derjenigen trifft, die nicht so glücklich gewonnen haben? Neid und Mißgunst sind ja keine seltenen Eigenschaften. Viele werden denken: Warum wehrt der sich nicht? Mit dem stimmt doch was nicht! Ist der nicht Gemeindevertreter und sogar Kreistagsabgeordneter – also Politiker? Muß man da noch ein Wort sagen? Das muß man nicht! Da weiß doch jeder gleich Bescheid! Der hat sein Schäfchen längst ins Trockene gebracht und wir sind ihm egal! Deshalb ist es vielleicht doch nicht so ganz klug von mir, mit meinem Glück hausieren zu gehen.

Das meinte auch Eugen Roth. Das Problem gab es also auch schon früher! Eugen Roth lebt nur noch in dem, was er uns an Geschriebenem hinterlassen hat. Zu diesem Thema hat er folgendes geschrieben

*Ein Mensch mit keinem Grund zur Klage,
als dem der allgemeinen Lage
Klagt trotzdem und auf jeden Fall,
klagt herzlich laut und überall
Daß jedermann sich überzeugt,
wie sehr ihn Not und Sorge beugt
Wenn er sich nämlich unterfinge,
zu sagen daß es gut ihm ginge,
so ginge es ihm nicht mehr gut!
Der Neid, der rasche Arbeit tut,
hätt' ihn vielleicht schon über Nacht
um all sein Gutergehn gebracht.
Drum hat der Mensch im Grunde recht,
der gleich erklärt, ihm ging' es schlecht!*

Tempolimit auf der A11 bei Althüttendorf »Pfleger« nicht überlebt

130 km/h für den Lärmschutz statt »freie Fahrt für freie Bürger«

Der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt die Forderung der Einwohner Althüttendorfs nach einem Tempolimit auf der Autobahn A 11.

Zumindest in dem Offenlandbereich um Althüttendorf, Neugrimnitz und Grimnitzsee sollte die zulässige Höchstgeschwindigkeit maximal 130 km/h betragen. Neben dem Lärmschutz für die Anwohner ist auch der touristischen und ökologischen Bedeutung des Gebietes Rechnung zu tragen. Immerhin handelt es sich um einen sehr attraktiven und von vielen Erholungsuchenden frequentierten Teil des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin. Die Autobahn durchquert hier ein Internatio-

nales Vogelschutzgebiet und befindet sich in geringer Entfernung zum Ufer des Grimnitzsees mit einer Vogelbeobachtungsstation. Der Rad- und Wanderweg nach Neugrimnitz und zum UNESCO-Weltnaturerbe Buchenwald Grumsin führt entlang der Autobahn und quert diese sogar.

Für Bündnis 90/Die Grünen ist es daher nicht nachvollziehbar, warum in diesem sensiblen Bereich nicht sofort wieder ein Tempolimit eingeführt wird. Die Belange des Lärmschutzes dürften hier schwerer wiegen als die freie Fahrt für freie Bürger.

ELKE ROSCH, Sprecherin des Kreisverbandes Bündnis 90/Die Grünen Barnim

Der Hirschkäfer kommt!

Wanderausstellung vom 6. bis 16. November

Der Hirschkäfer, der bis zu neun Zentimeter groß werden kann und damit der größte Käfer Mitteleuropas ist, ist Insekt des Jahres 2012. Für die Entwicklung seiner Larven ist der Käfer auf morsches Eichentholz angewiesen, da dieses jedoch immer weniger im Wald verbleibt, gilt der Hirschkäfer in seinem Bestand bedroht.

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald – Landesverband Brandenburg e.V. und der Landesbetrieb Forst Brandenburg haben die Chance genutzt, um mit dem »Hirschkäferjahr 2012« etwas Werbung für den »Größten der kleinen Waldbewohner« zu machen. Dafür wurde für ganz Deutschland ein Fotowettbewerb ausgeschrieben. Die Menschen sollten Ihre Begegnungen mit dem Hirschkäfer festhalten. Gleichzeitig waren die Kinder in Brandenburg

aufgefordert, sich bei einem Malwettbewerb kreativ mit dem Hirschkäfer zu beschäftigen. Es gingen mehr als 200 Fotos und über 700 Zeichnungen bei den Veranstaltern ein. Die Gewinner wurden ausgezeichnet und werden nun in einer Wanderausstellung im ganzen Land gezeigt.

Die Bilder und Zeichnungen werden vom 6. bis 16. November 2012 in Eberswalde im Foyer des Paul-Wunderlich-Hauses gezeigt.

Neben den Bildern gehören auch ein Hirschkäfer-Quiz sowie Präparate und Präsentationstafeln zur Ausstellung.

Wir möchten Sie ganz herzlich einladen, sich von der Wunderwelt der Insekten und der Kreativität der Menschen verzaubern zu lassen.

CHRISTINE SCHINK

Von Erneuerbaren Energien profitieren

Studie informiert über Bürgerbeteiligungsmodelle

Potsdam (bbp). Die Landesregierung hat in ihrer »Energiestrategie 2030« festgeschrieben, Kreise und Kommunen bei ihren energiepolitischen Aktivitäten zu unterstützen. Wie Bürgerbeteiligungsmodelle beim Ausbau der Erneuerbaren Energien helfen können, schildert ein Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, das vom Brandenburgischen Wirtschafts- und Europaministeriums in Auftrag gegeben wurde.

»In der Energiestrategie 2030 haben wir den energiepolitischen Zielen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit ein viertes Ziel hinzugefügt: Akzeptanz und Beteiligung. Denn die Umsetzung energiepolitischer Ziele kann nur mit den Menschen vor Ort gelingen und nicht gegen sie. Unser Ziel ist eine stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Hierzu leistet die nun vorliegende Studie einen wichtigen Beitrag«, erklärte Minister Ralf Christoffers. »Erstmals wird darin aufgezeigt, daß und wie die Bürge-

rinnen und Bürger Brandenburgs am weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien partizipieren – und davon profitieren können. Das Gutachten gibt Antworten auf die häufig gestellte Frage, »Wie haben wir davon?«, so Christoffers weiter. Ausführungsbeispiele – wie das Energiedorf Feldheim oder das Flächenpachtmodell in Schlalach zur Errichtung eines Windparks – zeigen, daß Bürgerbeteiligung nicht nur Theorie ist. Die Studie beleuchtet zudem die Möglichkeiten von Kommunen, in Projekte zur Energieeinsparung und zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu investieren. »Ich hoffe, daß die Studie sehr viele Bürgerinnen und Bürger erreicht und ihnen Anregungen gibt, sich aktiv einzubringen«, sagte Christoffers.

Die Studie »Unterstützung der Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes regionaler Bürgerbeteiligungsmodelle beim Ausbau Erneuerbarer Energien in Brandenburg« ist im Internet abrufbar: http://www.energie.brandenburg.de/media/bb1.a.2865.de/2012_Buergerbeteiligungsmodelle_Brandenburg.pdf



Eberswalde (IbBiS). LARS ZIEGLER von der Initiative baumloses Bauen in der Stadt (Ib-BiS) ist zufrieden. Die Bearbeitung der widerstandsfähigen Birke in der Eberswalder Saarstraße, die im Mai 2006 in der Hauptaustriebszeit einen radikalen Pflegeschnitt erhielt (BBP 6/2011), konnte nunmehr erfolgreich abgeschlossen werden. Auf dem Foto von Anfang Oktober ist zu sehen, daß auch die wenigen neu ausgetriebenen Zweige vorzeitig die Blätter abgeworfen hatten. Inzwischen ist die Arbeit getan und der Baum gefällt. Lars Ziegler beglückwünscht die Auftraggeber, die Baumpflegefirma und die Umweltbehörde ausdrücklich zu dem Erfolg.

Wolfsschutz

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013 hatte die Bundestagsfraktion DIE LINKE Vorschläge für den Aufbau eines bundesweiten »Wolf- und Herdenschutzkompetenzzentrums« eingebracht. Die Regierungskoalition lehnte den Vorschlag ab. Wolfsschutz ist kein Thema für die Bundesregierung. Wir haben diesen Antrag gestellt, weil die Wiederbesiedlung der Bundesrepublik durch den Wolf eine Tatsache ist, auf die wir uns einstellen müssen. Auf der einen Seite ist der Wolf eine streng geschützte Tierart. Auf der anderen Seite sind allerdings auch Konflikte mit Tierhaltern, Jagenden und der Bevölkerung vorprogrammiert.

Der beste Schutz für den Wolf ist, möglichen Schäden durch Wölfe vorzubeugen bzw. entstandene Schäden unbürokratisch zu entschädigen, beispielsweise in Schäferereien. So können gleichzeitig Ängste und Vorbehalte abgebaut und für die Akzeptanz des Wolfs als geschützte Tierart geworben werden. Das sehen übrigens die Experten genauso.

SABINE STÜBER 11

Bekanntermaßen strahlt die Sonne Energie ab. Ein Teil davon gelangt auf die Erde. Diese gibt fast die gesamte von der Sonne erhaltene Energie wieder in den Weltraum ab. Dabei beträgt die Strahlung der Sonne etwa 5800 K, die der Erde 260 K. Das ist die Temperatur, die die Erde abgibt. Damit gibt unser Planet wie eine Wärmekraftmaschine Entropie ab. Für diejenigen, die sich nicht vorstellen können, was Entropie ist, sei hier nur soviel gesagt, daß Entropie ein Maß für die molekulare Unordnung ist. Sie ist im thermischen Gleichgewicht maximal. Das können wir uns leicht vorstellen, indem wir zwei gleich große Eisenwürfel betrachten, von denen einer heiß und der andere kalt ist. Wenn sich beide Würfel an einer Fläche berühren, so werden nach einer gewissen Zeit beide Eisenwürfel warm sein. Das System ist im thermischen Gleichgewicht. Was passiert nun, wenn die Sonne ständig auf die Erde strahlt, und diese erwärmt? Es sammelt sich Entropie, d.h. molekulare Unordnung auf der Erde an. Die Erde würde ständig wärmer werden, was wir aber nicht beobachten!

Antwort darauf liefert ein vor ca. 30 Jahren neu entstandener Wissenschaftszweig der Physik, die Synergetik. Danach schaffen es Systeme, die Entropie exportieren, sich selbst zu organisieren, und dadurch Ordnung und Struktur entstehen zu lassen. Alle stoffliche Materie ist das Ergebnis dieser Selbstorganisationsprozesse, auch Evolution genannt.

Ein Ergebnis was bei der synergetischen Forschung ist die Erkenntnis, daß biologische Systeme die ihnen zugeführte Energie in ihrer eigenen Form speichern. Wenn wir nun fossile Brennstoffe nutzen, so wird die darin gespeicherte Energie umgewandelt, und damit die Entropie des Systems Erde erhöht. Wir machen dadurch das Ergebnis der Evolution rückgängig. Deshalb sollten wir keine fossilen Brennstoffe nutzen. Deren Ausbeutung kann kein Konzept für die Zukunft sein.

Bisher ist kein globaler Schaden entstanden, wir haben erst 200 Jahre industrielle Tätigkeit, eine Winzigkeit im Vergleich zur 6 Milliarden Jahre alten Erde. Man sollte daran denken, daß speziell in China und in den USA Kohleflöze zum Teil seit Jahrtausenden brennen.

Welche Rolle spielt das »Treibhausgas CO₂« bei der Nutzung fossiler Energie?

Versuchen wir zunächst die Zunahme der Menge des bei der Verbrennung entstehenden CO₂ in der Atmosphäre abzuschätzen. Jährlich werden ca. 5 Milliarden t Kohleäquivalent verbrannt. Eine Tonne ergibt 10.000 m³ Abgas mit ca. 15% CO₂. Das sind 1.500 m³ CO₂ pro Tonne, also jährlich 7,5 Billionen m³. Davon wird etwa die Hälfte von den Ozeanen absorbiert, so daß die jährliche Zunahme bei 3.750 Kubikkilometer liegt. Beim physikalischen Normalzustand der Atmosphäre (0°C und 133,332Pa) hat sie ein Volumen von vier Milliarden Kubikkilometer. Der Anteil an CO₂ in der Atmosphäre beträgt rund 0,03%, das sind 1,2 Millionen km³. Die jährliche Zunahme

Eine kurze Nachhilfe in Physik

von Dr. Ulrich Pofahl

Täglich wirken aus den Medien Informationen und Nachrichten auf uns ein. Diese Nachrichten sind oft eine Mischung von Unwichtigem, Lügen, Halbwahrheiten, Fehlinterpretationen und Weglassungen. Die Wahrheit wird selten übermittelt. Es wird das Illustriertenwissen beim Bundesbürger geschaffen. Dazu wird auch die Physik mißbraucht, wie den folgenden Ausführungen zu entnehmen ist.

liegt demnach bei 0,32%. Nach 100 Jahren erhöht sich der CO₂-Gehalt auf 0,04%.

Hier noch ein Hinweis auf eine andere Tatsache: CO₂ adsorbiert 14% der Bodenstrahlung, Wasserdampf jedoch 60%, und er überdeckt alle CO₂ Adsorptionen. Oder anders ausgedrückt, der »Treibhauseffekt« von Wasserdampf wäre viel stärker als der von CO₂. Damit würden Autos mit Brennstoffzellen viel mehr zum »Treibhauseffekt« beitragen.

Bisher haben wir immer mit mittleren Werten unsere Abschätzungen berechnet. Das war für die hier abgeleiteten Aussagen auch richtig, ist aber für weitere Aussagen nicht sinnvoll, weil die mittleren Werte in der Praxis nie auftreten. Ähnlich ist es beim Würfelspiel. Im Mittel werfen wir 3,5 Augen, die wir unmöglich realisieren können.

Im 1. Abschnitt haben wir mit einer mittleren Temperatur von 260K, das sind 13°C, auf der Erde gerechnet. Diese Temperatur wird selten erreicht. Die Lufttemperatur bewegt sich zwischen -80°C und 50°C. Die Temperatur ist nicht konstant, sondern wird neben der aktuellen Strahlungsbilanz durch die Meeres- und Luftströmungen beeinflusst. Diese Strömungen werden aber in Größenordnungen viel stärker von Kräften, die durch die Erdumlaufbahn entstehen, von der Eigenrotation der Erde oder von Vorgängen auf der Sonne gesteuert.

Für die Modellierung des Klimas muß man nun Erhaltungssätze und Übergangsgleichungen aufstellen, die all diese Vorgänge berücksichtigen. Dies geschieht durch partielle Differentialgleichungen. Die hier entstehenden haben leider die Eigenschaft, daß sie nicht zu klassifizieren sind und somit keines der bekannten Lösungsverfahren zum Erfolg führt. Außerdem müssen für die Lösung dieser partiellen Differentialgleichungen Randbedingungen bekannt sein, welche oft einen größeren Einfluß auf die Lösung haben als die partielle Differentialgleichung selbst. Nun gibt es aber keine »Käseglocke«, die um die Erde gestülpt ist. Folglich werden die Randbedingungen der partiellen Differentialgleichungen völlig willkürlich festgelegt. Zudem ist zu beachten, selbst wenn es gelänge für diese nicht zu klassifizierenden partiellen Differentialgleichungen eine Lösung zu berechnen, so sagt dieses nichts aus, ob diese Lösung in der Realität existiert.

Die Schlußfolgerung: Weder mit den Mitteln der Experimentalphysik noch mit Hilfe der theoretischen Physik ist ein vom CO₂ verursachter Treibhauseffekt, nachzuweisen.

Es gibt keinen CO₂-Treibhauseffekt. Er ist eine politische Erfindung.

Welche Auswirkungen hat der nicht vorhandene CO₂ Treibhauseffekt?

In der Schule lernt man im Geographieunterricht die Beleuchtungszonen der Erde, die dann die Klimazonen verursachen. Ein Globalklima, was sich erwärmen könnte, gibt es nicht. (Es ist wie mit dem Obst. Es existiert nur in seiner konkreten Erscheinungsform. Apfel oder Birne.) Weil das Globalklima nicht real existiert, kann man ihm alle möglichen Eigenschaften andichten.

Interessant ist die Auswertung von Temperaturmessungen. Nur über einem geringen Teil der Erdoberfläche können wir die Temperatur messen. Über den Ozeanen ist das beispielsweise nicht möglich. Ebenso kam es vor, daß international veröffentlichte Klimadaten gefälscht worden sind. Nun sollte man aber auch beachten, welchen Informationsgehalt Temperaturdaten aus der Vergangenheit haben. Wenn gesagt wird, die durchschnittliche Temperatur von Berlin hat sich in den vergangenen 10 Jahren um ein Grad erhöht, dann ist keine Aussage möglich wie sich die Temperatur in den nächsten zwei, fünf oder zehn Jahren entwickeln wird. Ebenso läßt sich sicherlich ein rückwärtiger Zeitabschnitt finden, in dem die Temperatur für Berlin zurückgegangen ist.

Welche Rolle spielen BRD-Wissenschaftler und Politiker?

Viele der in diesem Land staatlich angestellten Wissenschaftler sind keine richtigen Wissenschaftler. Sie sind nur BRD-Wissenschaftler. Sie sind Beamte, die verpflichtet sind, mit ihren Forschungsergebnissen die aktuelle Politik zu unterstützen. Sollten Wissenschaftler als Angestellte über Drittmittel finanziert werden, so haben sie das vom Geldgeber gewünschte Ergebnis zu liefern.

Die BRD-Politiker berufen sich gerne, aus Mangel an eigenem Sachverstand, auf die Ergebnisse von so genannten Experten, die auch den »CO₂ Treibhauseffekt« prognostizieren. Sie werden nicht zugeben, daß sie bei dem »CO₂ Treibhauseffekt« von Scharlatanen genarrt wurden. Leider ist der eingeschlagene Weg vom drohenden »CO₂ Treibhauseffekt« nicht mehr rückgängig zu machen. Der Unsinn mit dem CO₂ Verschmutzungsrechtehandel (eine Art von modernem Ablaßhandel) wird sicherlich nicht abgewickelt werden.

Es besteht aber Hoffnung, daß die unsinnige unterirdische CO₂-Verpressung scheitert, und der private Stromkunde dieses nicht noch mit einem höheren Strompreis bezahlen muß.

Von dem vorhergesagten »CO₂-Treibhauseffekt« profitiert auch das Potsdamer Institut für Klimaforschung (PIK). Ich erinnere mich an eine Fernsehsendung, in der behauptet wurde, der Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ sei in Brandenburg höher als der in den als größten CO₂ Emittenten geltenden USA. Deshalb sollten die bösen Brandenburger lieber weniger Auto fahren. Der PIK-Boss, ein Herr Prof. Schellhuber, war als Drohkulisse anwesend, und kommentierte die vorgetragenen Aussagen nicht. Von einem richtigen Wissenschaftler hätte man Aufklärung erwarten können. Es gibt bekanntermaßen mehr USA-Bürger als Brandenburger, demzufolge ist eine Zahl die durch einen großen Nenner dividiert wird auch kleiner als eine Zahl, die durch einen kleinen Nenner dividiert wird. Ein großer Verursacher von CO₂ in Brandenburg ist das Kalkwerk in Rüdersdorf. Beim Verarbeiten von Kalkstein zu Brandkalk entsteht technologisch bedingt CO₂. Der Kalk wird aber gebrannt, um beim Hausbau oder in der Bauindustrie verwendet zu werden. Dabei wird beim Abbinden des Kalks wieder CO₂ aufgenommen, es entsteht eine Senke von CO₂ an der Baustelle.

Wie sind die Schlußfolgerungen für Barnim?

Grundsätzlich ist die Politik zur Förderung der erneuerbaren Energien im Landkreis Barnim richtig. Dennoch ergeben sich noch Reserven. Durch den Anschluß an die BRD ist der Kreis entindustrialisiert worden. Große Teile der Infrastruktur wurden zerstört. Wohnhäuser, Kaufhallen, Schulen, Kulturhäuser, Industrieanlagen wurden aberissen. Auch Buslinien verschwanden bzw. deren Bedienung wurde reduziert, die Eisenbahn wurde in großen Teilen abgebaut. Es entstanden die »blühenden Landschaften« und ein bißchen Tourismus. Diese Landschaften sollen nun wieder durch Wind- und Solarparks geschädigt werden, und noch viel schlimmer, eine gigantische Freileitung soll unsere Landschaft zerteilen.

Warum soll die Landschaft im Norden zerstört werden, wenn der Strom angeblich im Süden gebraucht wird? Die Industrie könnte sich hier ansiedeln, wo der Strom vorhanden ist. Das erspart dann auch den Bau neuer Freileitungen, die ohnehin der private Stromkunde bezahlen muß. Vom Landrat, zwar nicht von den Barnimer Bürger gewählt, aber von ihnen bezahlt, kann man in seiner Politik der Förderung der erneuerbaren Energien durchaus zum Wohle der Barnimer ein größeres Engagement gegen diese 380-kV-Leitung erwarten.

Die zweite Reserve liegt beim Verkehrsweisen. Die Bandstadt Eberswalde verursacht einen hohen individuellen PKW-Verkehr. Es wäre wünschenswert, diesen durch den Ausbau des ÖPNV, auch wegen der lokalen Abgasemissionen und der Lärmbelastigung zu verbessern. Die beste Möglichkeit wäre der Ausbau des Obusnetzes. Warum behindert der Landrat den Ausbau des Obusnetzes, indem er keine Fördermittel einsetzen will?

Volkssolidarität feierte

Eberswalde (vs/bbp). Am 24. Oktober hatte die Volkssolidarität Barnim zu ihrem alljährlichen Tag der offenen Tür in die Mauerstraße 17 (am Richterplatz) in Eberswalde eingeladen. Mit einem bunten Programmangebot feierte die Volkssolidarität das 67. Jubiläum ihres Bestehens.



Der Chor der Volkssolidarität ist am Tag der Offenen Tür immer dabei. Geleitet von Erika Knabe trifft sich der Chor jeden Freitag von 10 bis 11 Uhr im Objekt der Volkssolidarität (Betreutes Wohnen) am Richterplatz.

Ab 11 Uhr herrschte geschäftiges Treiben im Atrium des Hauses, das früher die Station Junger Techniker beherbergte, und wo heute betreutes Wohnen und Tagespflege der Volkssolidarität Barnim ihr Domizil bezogen haben.

Von Glücksrad bis Trödelmarkt lockte das Angebot. Ein mobiler Brillenservice verhalf zu mehr Durchblick, ausgediente Brillen nahm man gern für die Altbl Brillensammlung für Afrika. Wer schon immer wissen wollte, was eine

Veeh-Harfe ist, konnte sich informieren und probieren. Vorträge zu Vorsorge- und Patientenverfügung, zum Wirken der Eberswalder Geschichtschreiber und anderen Themen komplettierten den informativen Teil.

Mittagsangebote aus der Küche der Volkssolidarität und am Nachmittag der Kuchentisch rundeten das Angebot ab. Mit Kindertanz, Chorgesang und Rudio ging der kurzweilige Tag am Nachmittag zu Ende.

Volkssolidarität Barnim e.V. im 67. Jahr ihres Bestehens

Die Volkssolidarität Barnim ist ein eingetragener gemeinnütziger Wohlfahrtsverband mit derzeit 4.000 Mitgliedern. 440 ehrenamtliche Mitarbeiter betreuen diese Mitglieder in 60 Ortsgruppen. Besuche bei Erkrankung, Nachbarschaftshilfe, Ehrungen zu Jubiläen und Geburtstagen, Reisen und Ausflüge und in immer größerem Maße bildende und unterhaltende Veranstaltungen prägen heute das Bild des Ehrenamtes. Neben der großen Zahl Ehrenamtlicher sind heute 220 Hauptamtliche in vielen öffentlichen Aufgabenbereichen tätig.

Das Einzugsgebiet der Volkssolidarität Barnim erstreckt sich von Lunow an der östlichen Landesgrenze bis nach Blumberg am Berliner Stadtrand und umfaßt in erster Linie die Altkreise Eberswalde und Bernau sowie die Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin.

www.volkssolidaritaet.de/cms/barnim

Geschichtliches:

Die Volkssolidarität wurde am 24.10.1945 aus verschiedenen Selbsthilfeorganisationen wie »Volkssolidarität gegen Winternot« in Sachsen, »Rettet die Kinder« in Berlin und Brandenburg, »Thüringenaktion gegen Not«, »Heim und Arbeit« in Mecklenburg und »Hilfswerk« in Sachsen Anhalt, in der sowjetischen Besatzungszone gegründet. In den ersten Jahren ihres Bestehens widmete sich die VS vor allem der Hilfe für die unter den Kriegsfolgen am meisten leidenden Kinder, der Unterstützung von Umsiedlern und heimkehrenden Kriegsgefangenen und der Fürsorge für ältere und gebrechliche Menschen.

Dazu führte sie Geld- und Sachwertensammlungen durch, richtete über 350 Heime und Tagesstätten für Kinder und Jugendliche sowie für Rentner und Schwerbeschädigte ein und schuf etwa 1.300 wirtschaftliche Einrichtungen wie Volksküchen, Werkstätten, Bahnhofsdienste, Nähstuben usw. In den Jahren nach Gründung der DDR gingen die sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen unseres Verbandes an die neuen Staats- und Wirtschaftsorgane über. Im Mittelpunkt der Arbeit der VS blieben die Verbreitung der Idee der Solidarität und die Organisation praktischer sozialer und kultureller Betreuung alter und behinderter Menschen in den Wohngebieten.

Nach der Wende knüpfte die Volkssolidarität an ihre frühen Traditionen an, hilfebedürftige Menschen aller Altersgruppen durch ambulante Sozialarbeit und stationäre Einrichtungen bedarfsgemäß zu versorgen.

Vor 100 Jahren:

Weg in die Katastrophe

Vor 100 Jahren, am 17. Oktober 1912, überschritten bulgarische Truppen die Grenze zur Türkei. Am gleichen Tag erklärten Serbien, Bulgarien und Griechenland dem Türkischen Reich den Krieg. Das mit den drei Staaten im Balkanbund verbündete Montenegro hatte diesen Schritt bereits am 8. Oktober vollzogen. Der 1. Balkankrieg hatte begonnen. Und die türkischen Armeen erlitten binnen kurzem verheerende Niederlagen.

Die Bulgaren gewannen am 21. und 22. Oktober die Schlacht von Kirk Kilisse und behielten vom 29. Oktober bis 2. November auch in der Schlacht von Lüleburgaz die Oberhand. Es war mit 240.000 beteiligten Soldaten die größte Schlacht zwischen Deutsch-Französischem Krieg und Ersten Weltkrieg. Die Verluste betragen auf bulgarischer Seite 20.000 und auf türkischer 22.000 Mann an Toten, Verwunden und Gefangenen. Nach dieser Schlacht standen die bulgarischen Truppen vor den Toren Konstantinopels.

Die griechische Armee durchbrach am 21. Oktober die türkische Verteidigung am Sarantaporos-Paß und siegte am 31. Oktober bei Giannitsa. Am 7. November erreichten die griechischen Armeen Saloniki. Ebenfalls Anfang November eroberten serbische und montenegrinische Truppen weite Teile von Mazedonien und Albanien.

Im kaiserlichen Deutschland wirkte der schnelle militärische Zusammenbruch des Verbündeten wie ein Paukenschlag. Die türkische Armee war seit 1908 von deutschen Offizieren unter Leitung des Feldmarschalls Colmar von der Goltz nach deutschem Vorbild ausgebildet und ausgerüstet worden.

Das internationale Kräfteverhältnis begann sich zuungunsten des Deutschen Reiches zu entwickeln. Ende November/Anfang Dezember 1912 kamen die politischen und militärischen Entscheidungsträger zu Krisenkonferenzen zusammen und stellten entscheidende militärpolitischen Weichen für die Zukunft. G.M.

Quellen: de.wikipedia.org/wiki/Balkankriege u.a., Bernd F. Schulte: „Deutsche Policy of Prentention. Der Abstieg eines Kriegerstaates 1871-1914“, Dr. Schulte 2009, S. 333 ff.

Die Gesundheitsreform

Die Behauptung ist nicht vermessen:
Das Gesundheitssystem kannste vergessen.
Ist man schon alt – es ist kein Spaß,
erwartet man, du beißt ins Gras.
Ist man noch jung und hat viel Kinder
macht das System sie nicht gesünder.
Viel Pillen werden nicht verschrieben,
die kannst du kaufen nach Belieben.
Die Kassen und die Pharmazie
sie sind so reich, wie wohl noch nie.
Sonst könnten Chefs die OBEN walten
nicht so viel Geld für sich erhalten!
Also tu was für deine Gesundheit
WEHRE DICH!

ELISABETH MONSIG

»Schwebende Pracht«

Kunstwerke von Axel Schulz in Eberswalde (2)

Am 1. März 2012 verstarb im Alter von 74 Jahren der Bildhauer Axel Schulz aus Schwedt (BBP 4/2012). Er hinterläßt der Nachwelt auch in Eberswalde einige Skulpturen und in der Karl-Sellheim-Schule in Westend ein Relief. Die Klasse 10H der Sellheim-Schule ging auf Exkursion. Zwei befaßten sich mit der »Schwebenden Pracht«.

Am 18.06.2012 schauten wir uns im Park des Brandenburgischen Viertels die Skulptur »Schwebende Pracht« an. Anlaß unseres Besuches war der Tod des Künstlers Axel Schulz im März 2012.

Die Skulptur stellt eine üppig gebaute Frau in fast schwebender Position dar. Das Alter der Frau ist schwer einschätzbar. Der Kopf mit Zöpfen erinnert eher an ein Kind und der restliche Körper an eine Frau mittleren Alters. Es sieht

aus, als würde sie für einen Maler Modell sitzen. Die Skulptur ist aus Bronze hergestellt.

Sie ist im Park nicht gut sichtbar aufgestellt und leider ist der Sockel mit Graffiti beschmiert. Die Pflanzen um die Skulptur herum wuchern sie fast zu. Zum Gedenken an den Künstler Axel Schulz wäre es wünschenswert, die Skulptur regelmäßig zu reinigen und vor dem Zuwuchern zu schützen.

LARS MARKGRAF



Axel Schulz war als Künstler in Schwedt zu Hause und er ist im März 2012 leider verstorben. Da er auch ein Kunstwerk an unserem Schuleingang angefertigt hatte, haben wir uns nun auch mit seinen anderen Kunstwerken in Eberswalde befaßt.

Die »Schwebende Pracht« hat Axel Schulz 1970 künstlerisch gestaltet. Die Skulptur steht jetzt am Park im Brandenburgisches Viertel an der Potsdamer Allee.

Positiv fällt mir an dem Kunstwerk auf, daß es sehr schön und groß ist. Axel Schulz hat kräftige Frauen geliebt und er liebte sein ganzes

Leben das künstlerische Gestalten von Skulpturen. Er hat viele Kunstwerke auch in seiner Heimatstadt Schwedt hinterlassen.

Aber diese Skulptur hat auch viele negative Sachen. Mir gefällt nicht, daß das Kunstwerk schlecht sichtbar und fast versteckt ist. An der Skulptur gibt es auch kein Schild mit dem Namen des Künstlers und dem Jahr der Herstellung.

Ich finde seine Kunstwerke schon immer sehr schön und eine Stadt sieht auch viel schöner und interessanter aus mit Kunstwerken.

JASMIN FENSKE

»Musikexpresß« zum zweitenmal im Kulturbahnhof

Wenn Kinder musizieren, ist das immer ein besonderes Erlebnis, ist doch die Begeisterung, die Aufregung und alles, was sich um einen Auftritt vor Publikum rankt, den kleinen Akteuren anzusehen.

»Nächster Halt: Musizilien!«, heißt es für den Musikexpresß am Freitag, den 9. November, um 16 Uhr im KULTURBAHNHOF FINOW. Schüler der Musikschule Barnim spielen für Kinder, Eltern, Omas und Opas. Die heiter-fundierte Moderation gibt dem begei-

sterten Einsatz der jungen Talente den richtigen Rahmen. Johanna Ludwig (Musikschule Barnim) und Esther Adrian (Berlin) führen durch das mit viel Liebe vorbereitete Programm und laden zum Mitmachen ein. Der Eintritt kostet 3 Euro. Ein Angebot für Vor- und Grundschulkindern, Eltern und Großeltern.

ANDREA HOEHNE

KULTURBAHNHOF FINOW
Bahnhofstraße 32, 16227 Eberswalde
Karten und Infos unter Tel.: 03334/2779628

Das Talent zum Widerspruch

Kabarettist Lutz Stückrath zu Gast bei »Offene Worte mit Dagmar Enkelmann«

Unterhaltsam und nachdenklich präsentierten sich am Sonntag die »Offenen Worte mit Dagmar Enkelmann.« Die Bundestagsabgeordnete hatte sich den Kabarettisten und Autoren Lutz Stückrath nach Bernau eingeladen.

Im vollbesetzten Treff 23 erzählte Stückrath, oft mit ironischem Unterton, aus seinem an Wechselfällen reichen Leben. Er, der gelernte Schlosser, entdeckte in den 1950er Jahren im »Blitzlicht«, dem Kabarett des Berliner Glühlampenwerks, sein »Talent zum Widerspruch« und ging dann, eigentlich ein überzeugter Kriegsgegner, doch zur Armee, um das Schauspiel-Handwerk zu erlernen.

Wie Stückrath, schlagfertig und mit Mutterwitz ausgestattet, sich durch die Widrigkeiten des Alltags und von Hierarchien und Bürokratien kämpfte, sorgte im Treff 23 für regelmäßige Lacher. Kein Auge blieb trocken, als Stückrath aus seinem leider vergriffenen Buch »Gute Seiten, schlechte Seiten« die Passage vortrug, wie er im eiskalten Januar im Osten Berlins einen Brautstrauß besorgen mußte, um seine Frau, mit der er noch heute verheiratet ist, zu ehelichen.

Am meisten hängt sein künstlerisches Herz, das wurde schnell klar, noch an den ersten Folgen des »Kessel Buntes«, bei denen er als einer von drei Moderatoren (»Die Drei Dialektiker«) nach »bestem Wissen und Gewissen«, wie er in Bernau sagte, über die DDR satirisch herziehen konnte. Ab der 7. Folge des »Kessels«, als sie mit einem Sketch angeblich die DDR-Bauarbeiter beleidigt hatten, wurden die drei an die ganz kurze Leine genommen. Ihre Texte schrieben nun andere und sie beschränkten sich mehr und mehr auf das Ansagen des nächsten Künstlers. Wie sehr Stückrath schon damals am einstigen TV-Straßenfeger hing, läßt sich daran ablesen, daß er und die beiden anderen noch bis Folge 26 durchhielten.



Soviel Langmut legte er später nicht mehr an den Tag, schied in Unfrieden von der »Distel« und zog als Freischaffender, heute würde man Entertainer sagen, durch die DDR. Sein Nach-Wende-Engagement bei den Westberliner »Stachelschweinen« dauerte dann weniger als drei Jahre. Aus seiner linksorientierten Haltung machte Stückrath in Bernau keinen Hehl, so habe er den schnellen Anschluß der DDR nicht gewollt. Mit der heutigen Comedian-Lustigkeit des »Ablachens« kann er nicht viel anfangen, auch wenn die Mehrheit des Publikums diese Erwartung offensichtlich hege. Für Stückrath ist Kabarett untrennbar mit Neugier auf Wissen und Bildung verbunden, wofür er am Sonntag dankbare Zuhörer fand.

JÖRG STAUDE

Übers Wasser

Gudrun Fischer-Bomert in der Kleinen Galerie Stadt Eberswalde
Michaelisstr. 1 · 16225 Eberswalde · im SparkassenFORUM

Ausstellungseröffnung am 14. November 2012, 19.30 Uhr

Dr. Brigitte Hammer mit einleitenden Worten
Bardo Henning mit Eigenkompositionen am Piano

Ausstellungsdauer vom 14. November bis 30. Januar 2013

Ein Werkstattgespräch mit der Künstlerin findet am 15. Januar 2013 um 17 Uhr statt.

Es sind Schönheit und Unwägbarkeit, Faszination einer Natur, die Gut und Böse nicht kennt. Es nimmt die Form an, die es umgibt, erscheint weich und bekannt. Es überflutet und zerstört mit archaischer Kraft, ist Ursprung des Lebens und Teil des Menschen.

Wasser ist das Element, das mich in meiner künstlerischen Arbeit seit langem beschäftigt: Farbstreifen, ein Ruder, gespiegelte Umrisse von Kanufahrern. Gestisch kompakt aufgetragene pastose Farbschichten verdichten sich zu Clustern. Transparent wässrige Farblösungen werden zu Schlieren, lassen Bilder der Irritation entstehen, Areale der Vermischung von oben und unten, Wasserlandschaften wankenden Untergrunds unbekannter Schatten und Tiefe.

GUDRUN FISCHER-BOMERT
www.fischer-bomert.de

Wandertips:

11. November 2012, Sonntag, Martinstag, Es geschah an Sankt Martin...

Bereits zum achtenmal in Folge geht es auf eine sagenhafte Wanderung der besonderen Art. In dieser Nacht soll der weiße Wassermix auf dem Baasee erscheinen. Um 11 Uhr starten wir an der Fachklinik Moorbad (Gesundbrunnenstr. 33, 16259 Bad Freienwalde). Durch das verwunschene Brunnental führt die Wanderung zum Teller. Weiter durch den Wald der 1000 Augen in die dunkle Schlucht am Kesselmoor, wo die Wilde Jagd die Nacht erwartet. An den Riesenlebensbäumen wird es wieder etwas heller. Der Baasee ist erreicht. Am Ilsetempel lauschen wir gemeinsam der Sage vom Köhlermädchen Ilse. Um den See herum wandern wir vorbei an Brandenburgs höchstem Baum zur Waldschänke. Dort wartet gegen 13 Uhr der Wirt mit Wilden Würsten, Kuchen und anderen Leckereien auf uns. Nach einer ausgiebigen Rast geht es gegen 14 Uhr auf den Siebenhügelweg vorbei am Wurstbaum zur Köhlerei, wo gegen 15.30 Uhr Kaffee und Kuchen angeboten werden. Gegen 16.30 Uhr wird der letzte Kilometer im Schein von Petroleumlampen zurückgelegt. Gegen 17.30 Uhr erreichen wir wieder die Fachklinik.

Die ganze Wanderstrecke entlang werden schaurig-schöne Sagen erzählt. Hin- und Rückweg jeweils 6 km. Wer möchte, kann ab Baasee mit dem Kleinbus zurückfahren. Wanderleiterin ist Corinna Gerber.

Wir bitten um Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com.

Gebühren inkl. Lampe: Erwachsene 2,80 Euro; ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,40 Euro; Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Die Prinzessin vom Schloßberg

18. November 2012, Sonntag, 7 km Wanderung

Die Wanderung führt auf dem Natura Trail »Oderberger Endmoräne - Vom Pimpinellenberg zum Albrechtsberg« auf den Albrechtsberg. Über eine schöne Offenlandschaft auf einem Hochplateau wird der vom Oderberger Heimatverein angelegte und betreute Naturlehrpfad am Pimpinellenberg erreicht. Diesem folgt der Weg durch wunderschönen Wald bis auf den Pimpinellenberg mit toller Aussicht. Wanderleiterin Corinna Gerber. Treff: 13.30 Uhr, Sparkasse, Angermünder Str. 66 in Oderberg.

Die Hutelandschaft am Tannensteig

25. November 2012, Sonntag, 8 km

Die Wanderung führt durch die Hutelandschaft auf teils Offenlandschaft, teils Waldwegen nach Itritz und den Biesdorfer Kehlen. Am Stadtsee Mittagsrast. Auf dem Tannensteig weiter zum Storchenturm. Auf dem Oderlandweg bis zum Kaffee Raeck in Altranft. Wanderleiter ist Klaus Schluchter. Treff: 10.30 Uhr, Bahnhofsvorplatz Altranft, Alte Heerstrasse 27, 16259 Bad Freienwalde

Polnische Ausbaupläne für die Oder

Der Bundesregierung sind aktuelle Ausbauplanungen Polens für die Oder nicht bekannt. Die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm hatte nach Berichten polnischer Medien über Versuche des polnischen Umweltministeriums, EU-Gelder für den Ausbau der Oder zu akquirieren, angefragt.

»Auch wenn die Antwort aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Entwarnung zu geben scheint, werde ich auf der Hut bleiben«, erklärte Behm. »Als Mitglied der

Parlamentarischen Gruppe Freie Fließende Flüsse im Deutschen Bundestag engagiere ich mich dafür, daß Maßnahmen an Flüssen dazu beitragen, ihnen ihre ökologische Funktionsfähigkeit zu erhalten oder wo nötig wiederzugeben. Der Ausbau der Oder wäre das ganze Gegenteil. Zudem stünde der Aufwand des Ausbaus der Oder in einem extrem schlechten Verhältnis zu seinem Nutzen. Deshalb muß eine derartig umweltfeindliche Geldverschwendung verhindert werden.«

BRITTA DUILLE

2000 Jungmusikanten in Eberswalde

10. Soundcity am 21.-23.6.2013

Eberswalde (prest-ew). Am 16. August fand im Eberswalder Rathaus die Anlaufberatung für das 10. Musikschulfestival »Soundcity« statt. Vom 21. bis 23. Juni 2013 wird Eberswaldes Mitte mit über 2000 jungen Musikanten zum Klingen gebracht. »Wir freuen uns sehr darauf«, so Bürgermeister Boginski, »daß wir dieses Festival ausrichten dürfen. Musik verbindet, führt Menschen zusammen, begeistert unsere Bevölkerung und unsere Gäste. Ein solches Festival bietet uns genau diese Chance.«

So gab es beim ersten Treffen bereits einen intensiven Gedankenaustausch zwischen dem Vorbereitungsteam des Landesmusikschulverbandes Brandenburg unter Leitung von Geschäftsführer Thomas Falk, Bürgermeister Friedhelm Boginski und Fachleuten aus der

Stadtverwaltung sowie Andreas Borchert von der Musikschule Barnim.

Basis für den Zuschlag war eine umfassende Bewerbung der Stadt, die nun nochmals aktiv diskutiert wurde. Sponsoring, logistische Fragen, Quartiere, Verantwortlichkeiten, Öffentlichkeitsarbeit wurden dazu u.a. besprochen. Eine kurze Besichtigungstour der Festorte folgte im Anschluß.

Die Potsdamer waren sehr angetan von den Möglichkeiten, die Eberswalde zu bieten hat. »Die Bedingungen sind optimal«, sagte Thomas Falk. Die ersten Aktivitäten werden nun beide Seiten auf den Weg bringen. In einem halben Jahr folgt die nächste größere Beratung.

Den Festivaltermin sollten sich die Eberswalder und Gäste schon jetzt vormerken.



KULTURBAHNHOF FINOW

09.11., 16 Uhr: »Nächster Halt: Musizilien!«
14.11., 15 Uhr: Tanzcafé
17.11., 19 Uhr: Sportlerball
05.12., 15 Uhr: Weihnachtskonzert mit Antenne-Brandenburg-Moderatorin Rita Walter, anschließend Nikolaustanz
 – Änderungen vorbehalten –
 Karten + Vermietung: Kulturbahnhof Finow
 Tel. 03334-2779628

Nachtrag zum 3. Oktober

Willkommen in der Hauptstadt der Deutsch Demokratischen Republik!
 Das linke Ohr mal bitte frei!
 Ich schick Sie gleich zurück

Wenn Sie hier keine Auskunft geben
 Woher, wohin, warum
 Drucksachen, Waffen, Funkgeräte
 und Munition dabei?
 Nu stehen Sie nicht so krumm!

Ja, das war damals hier der Ton
 Das glaubt man heute kaum
 Wie uns das eingeschüchtert hat
 Das hielt uns gut im Zaum.

Der Ton ist heut ganz anders, weil
 Man wird nicht kontrolliert
 Das ist auch gar nicht nötig
 Die Koffer werden vorher visitiert.

Ach, das war nur ein kleiner Scherz
 Das ist nicht so gemeint
 Viel freundlicher ist heut der Ton
 Weil Deutschland ja vereint.

HARTMUT LINDNER

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und .../bbp-blog/
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: DKP, Gädicke, Keil, Markgraf, gm, Mierau, Müller, Pofahl, prest-bar, Triller
drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
redaktionsschluß: 1. November 2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 29.11.2012, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
 Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
 Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum) _____

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)